

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Wapenstraße 2/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, drei Monate 2.00, eine Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.90, wo keine Post am Orte 2.50.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Infektionsgebühr beträgt für die einseitige Anfertigung über deren Raum 30 Pf. Zusätzliche Infektionsgebühr 40 Pf. Doppelte Infektionsgebühr 1.00. Infektionsgebühr für Anfertigung 1.50. Zusätzliche Infektionsgebühr 2.00. Vereins-Infektionsgebühr 1.50 Pfennig. Infektionsgebühr für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 69.

Breslau, Freitag, den 22. März 1912.

23. Jahrgang.

Wie lange noch?

Das Interessanteste an der Rede, mit der der englische Marineminister am Montag im Parlament den neuen Flottenetat begründet hat, ist das offene und freimütige Bekenntnis, daß England seine Rüstungen heute so gut wie ausschließlich auf einen möglichen Krieg mit Deutschland zuschneidet. Winston Churchill meinte, es sei gut, und liege im Interesse beider Nationen, wenn die Tatsachen ungezinkt dargestellt würden, und darin können wir ihm nur durchaus beipflichten. Das diplomatische Drumherumreden, das vorsichtige Andeuten, hat wirklich keinen Zweck mehr. Man muß aussprechen, was ist, was ist, die deutsch-englischen Beziehungen haben sich derartig entwickelt, daß die Schaffung völliger Klarheit am Ende noch die einzige Möglichkeit ist, das Schlimmste zu verhüten.

Es war ja längst kein Geheimnis mehr, aber jetzt ist es erfreulicherweise auch von der besten Stelle in England ausgesprochen worden, daß bei den britischen Rüstungen zur See der sogenannte Zwei-Mächte-Standard keine Gültigkeit mehr besitzt, d. h., daß der Grundsatz, die englische Seemacht müsse so stark sein, um zwei verbündeten Flotten die Spitze bieten zu können, aufgegeben ist. Dies Programm war, wie Churchill ausführte, maßgebend, solange Frankreich und Rußland die beiden nächststarken Seemächte waren und — das sagte der Minister nicht — solange die allgemeine politische Situation einen Zusammenstoß mit diesen beiden Staaten wahrscheinlicher machte, als den mit Deutschland. Die Folge der Verständigungspolitik, die Eduard VII. begonnen und der gegenwärtige Minister des Auswärtigen, Sir Edward Grey, fortgesetzt hat, und auf der anderen Seite das Anwachsen der deutschen Flotte und die mit ihm im Zusammenhang stehende Verschlechterung des deutsch-englischen Verhältnisses, ließen an die Stelle des Zwei-Mächte-Standards einen anderen Maßstab treten: die englische Flotte sollte in Schlachtschiffen und Schlachtkreuzern des Dreadnoughtstyps der deutschen etwa im Verhältnis von 16 : 10 stehen. Sie richtete sich also nur nach dem Umfang der deutschen Schiffbauten, wobei die große Ueberlegenheit, die England noch aus der Epoche vor den Dreadnoughts besitzt, allerdings mit in Rücksicht gezogen wurde.

Der Grund dieser Berechnung fordert die Regierung, abgesehen von den dazu gehörigen kleineren Schiffen, für dieses Jahr die Bewilligung von „Kapitalschiffen“ und stellt leise in Aussicht, daß, wenn keine besondere Veränderung eintrete, man sich im nächsten Jahre mit drei Neubauten begnügen könne. Eine solche besondere Veränderung aber wäre ein Hinübergreifen über den Rahmen des bestehenden Flottengesetzes auf deutscher Seite. Verstärken wir unsere Rüstungen, wie es allem Anschein nach im Plane der Regierung liegt, in der Weise, daß alle zwei Jahre drei Schiffe über die Zahl der heute vorgesehenen auf Stapel gelegt werden, dann antwortet England mit dem Schema: vier, fünf, vier, vier, vier oder gar mit der regelmäßigen Abwechslung von fünf und vier.

Doch auch damit ist es nicht genug. Die 60prozentige Ueberlegenheit erscheint Winston Churchill nicht als für alle Zeiten ausreichend. Er macht kein Hehl daraus, daß diese Grenze unter Umständen bald wieder überschritten werden müsse und daß die Stunde kommen könne, wo die Regierung den Standard, zwei englische Kiele gegen einen deutschen aufstellt, in England aber ist es nicht anders, als bei uns zuhause: wenn die Regierung eine solche Erweiterung ihres Programms als möglich bezeichnet, dann ist sie nicht nur möglich, sondern so gut wie sicher. Dafür sorgen schon die Sehpatrioten und dafür sorgt in England außerdem die Angst des Kabinetts Squith, der konservativen Opposition einen Angriffspunkt zu geben.

Die Perspektiven, die der britische Minister hier entrollt, haben die selbstverständliche Folge, daß sich auch in Deutschland ein verstärktes chauvinistisches Geschrei erheben wird. Schon als vor kurzem das Flottenprojekt der deutschen Regierung bekannt wurde, entrüsteten sich die Organe der Surrapatrioten über die Schwachmütigkeit unserer amtlichen Stellen. Jetzt wird es erst recht losgehen, und die Raufhelden werden verlangen, daß auf die englische „Provokation“ die gebührende Antwort erteilt werde.

Nun, auch wir fordern von der Regierung, daß sie zu den Ausführungen Churchills Stellung nimmt. Aber wir sehen in ihnen keine Provokation, sondern eine rückhaltlose Charakterisierung der Lage. Wir halten uns nicht bei der Frage auf, ob vom englischen Standpunkt aus Seerüstungen in dem von dem Minister skizzierten Umfang eine Notwendigkeit sind, und ob sie sich mit der Finanzlage des Landes vertrügen. Darüber mag das englische Volk und darüber mögen vor allem die englischen Arbeiter mit ihrer Regierung rechten. Was ist die Rede nur eine außerordentlich ernste Mahnung, die den letzten Zweifel darüber zerstreut, daß wir den unheilvollen Ereignissen entgegenzutreten, wenn nicht endlich das deutsch-englische Problem dort angefaßt wird, wo es an-

gefaßt werden muß. Ohne Umhülfen: Der Krieg zwischen Deutschland und England ist nur zu vermeiden, wenn eine Verständigung über das Maß der beiderseitigen Flottenrüstungen zustande kommt. Die Grundlage der Flottenpolitik ist, wie der englische Minister sehr treffend am Anfang seiner Rede hervorhob, die Finanzpolitik. Werden die Rüstungen in dem angekündigten Tempo und in dem angekündigten Verhältnis weiter betrieben, so muß sehr bald die Zeit kommen, wo die englischen Steuerzahler rebellieren und diejenigen, die ein Ende vorziehen, sich leicht zu Herren der Situation machen können. Und auch wenn man die finanziellen Schwierigkeiten außer Rücksicht läßt: zwei Staaten können nicht auf eine längere Zeit hinaus gegeneinander rüsten, ohne ihre Beziehungen so zu vergiften, daß der kleinste und geringfügigste Anlaß den Appell an die Waffen unvermeidlich macht.

Erkennt das die deutsche Regierung und wird sie dem entsprechend handeln? Nach Erkundigungen, die das „Berliner Tageblatt“ in Marinekreisen eingezogen hat, betrachtet man dort die Rede Churchills als einen unartigen Versuch, die Novelle zum deutschen Flottengesetz zu vereiteln. Man polemisiert weiter gegen die Behauptung, England könne nach einem Seekrieg mit Deutschland immer noch seine Suprematie zur See aufrechterhalten, meint aber, von einer gefährlichen Zuspitzung der Lage sei im gegenwärtigen Augenblick keine Rede. Soffentlich haben die Marinekreise und hat besonders der Reichsanzler noch etwas mehr zu sagen. Sich darüber zu beschweren, daß der englische Minister die deutsche Flottennovelle vereiteln wolle, ist kindisch. Verbrecherisch aber würde es sein, diesen Versuch nun mit Trotz und Hartnäckigkeit zu beantworten. Noch sind ja die Behauptungen nicht an den Reichstag gelangt, es können also auch die, die sich eines besonders feinen Gefühls für die patriotische Ehre rühmen, ohne sich und dem Deutschen Reich etwas zu vergeben, mit England in neue Unterhandlungen über die Flottenfrage eintreten. Die ablehnende Haltung, die nacheinander Fürst Bülow und Herr v. Bethmann gegen gewisse von englischer Seite ausgegangene Vermählungen um ein Abkommen über die Rüstungen einnahmen, hat verhängnisvolle Wirkungen gehabt. Die Heise Lord Baldanes ist scheinbar auch ohne den erhofften Erfolg geblieben. Von den Verhandlungen, die damals angekündigt wurden, hört man kein Sterbenswörtchen mehr. Will die Regierung die Verantwortung auf sich nehmen, jetzt auch diese deutliche Warnung in den Wind zu schlagen? Empfindlichkeiten sind nicht am Platze, hier muß mit den nackten Tatsachen gerechnet werden, und ist man an den maßgebenden Stellen noch nicht soweit vorgeschritten, um die Erhaltung und Befestigung des Friedens als eine der wichtigsten Kulturaufgaben zu begreifen, so sollte man angesichts der von Churchill entworfenen Schemata zum mindesten ein Verständnis dafür besitzen, daß die Nachgiebigkeit gegenüber den unverantwortlichen Striegesehern für die wirtschaftliche und die staatliche Zukunft des Deutschen Reiches die allergrößten Gefahren in sich birgt.

Die Berliner Blätter erkennen durchweg die große Bedeutung der Ausführungen Winston Churchills an. Die „Post“ macht natürlich in der stärksten Enttäuschung. Sie gibt ihrem Artikel die Ueberschrift „Englische Bauernfängerei“ und irrtet:

Gerade jetzt, nach der Rede Lord Churchills, ist es doppelt und dreifach angebracht, von neuem und mit allem Nachdruck die warnende Stimme zu erheben, denn wenn die von ihm berührte Bauernfängerei zu einem Erfolge führt, so kann unter Spiel gegen England alles verlieren gehen, und der Vorprung, den wir England damit einräumen, wird niemals wieder eingeholt sein. Für das deutsche Volk schlägt jetzt eine Schicksalsstunde, und wehe ihm, wenn seine leitenden und verantwortlichen Staatsmänner den jetzigen Augenblick verpassen.

Der Marinefachverständige der „Deutschen Tageszeitung“, Graf Rebenstow, ist zurückhaltender, aber auch er glaubt, die deutsche Autonomie auf dem Gebiete der Flottenrüstung unterstreichen zu müssen:

Die Churchill'sche Rede, in der die ige britische Annäherung und auch Selbstüberschätzung so überaus drastisch hervortritt, liefert eine Mahnung an Deutschland, wie sie eindringlicher nicht gedacht werden kann, seine Flotte nach wie vor, unbelümmert um Einwirkungen, auch wenn sie weniger plump sind als die Churchill'schen, lediglich nach dem eigenen Bedürfnisse und Urteilen auszubauen.

Die Selbstüberschätzung sei gerne den britischen Ministern überlassen. In Deutschland soll man deshalb aber nicht in den Fehler der Selbstüberschätzung verfallen. Das „es hilft euch doch alles nichts“ Lord Churchills ist nicht wahr und nur auf deutsche Urteilslosigkeit berechnet.

Im „Berliner Tageblatt“ tritt der Kapitän zur See a. D. Persius, für eine größere Stetigkeit in den Flottenprogrammen ein und fordert, daß man nicht alle paar Jahre eine Novelle auf die andere pfeffe. Der Kontre-admiral a. D. Sittge greift in der „Vossischen Zeitung“ erfreulicherweise die Bemerkungen Churchills über die Möglichkeit einer Verständigung auf und schreibt:

Ein Vorschlag zur Güte, dessen Tragweite sich zwar in der verkauften Form, in welcher er gegeben, nicht völlig übersehen läßt, der aber immerhin wichtig genug erscheint, beachtet zu werden und eine einbringliche Mahnung zum Wohl-

verhalten in der Seekriegsrüstungsfrage, das ist es, was man aus der Churchill'schen Darlegung zu entnehmen hat. England will jede Verringerung des Bauteempos der deutschen Flotte in vergrößertem Maße nachahmen.

Aber auch die „Kreuzzeitung“, die ja nie in der Reihe der Marineenthusiasten gestanden hat, geht, wenn zwar mit einigem Vorbehalt, auf die Churchill'schen Anregungen ein. Sie hält seinen Vorschlag, England und Deutschland sollten ein Jahr um das andere auf eine Verstärkung ihrer Flotten durch Neubauten verzichten, für wohl diskutierbar.

Politische Uebersicht.

Geheimnisvolles Treiben.

Zeit zwei Tagen ist die Wandelhalle des Reichstages ein Bienenstock wild ausschweifender Gerüchte. Die ganze Presse ist von ihnen voll. Die Verschlebung der Kaiserreise wird von den ausschweifendsten Kommentatoren beleuchtet; man spricht von „Schwierigkeiten der innerpolitischen Lage“, von „bedeutsamen Vorgängen in der auswärtigen Politik“, von „Krisen und Kanzlerstürzen“. Daß Bethmann-Hollweg geht, gilt als ausgemacht; aber verschiedene gleich gut Unterrichtetere freiten, ob der Nachfolger Deshrud oder Tirpitz, Goltz oder Schorlemer heißen wird. Als ausgemacht gilt auch, daß Herr v. Kiderlen-Wächter wieder nach dem Balkan verschwinden wird, vor dem er gekommen ist; er soll den Freiherrn v. Marischall in Konstantinopel erleben, der zum Staatssekretär des Auswärtigen, wenn nicht selbst zum Reichsanzler auszuweisen sein soll.

Das Merkwürdige an diesen Krisengerüchten ist, daß ihnen jede n r j ä c h l i c h e Begründung fehlt. Ueber das Was und Wie glauben alle das Genuesse zu wissen, aber kein Mensch fragt nach dem Wiefo und Warum. Die als reif zum Abbruch Gekennzeichneter, Herr v. Bethmann und Herr v. Kiderlen, genießen nicht den Ruf, große Staatsmänner zu sein, wenige werden ihrem Ministeriarge folgen. Aber, wenn sie bisher das Vertrauen ihres Vorkämpfers besaßen haben, wodurch haben sie es sich jetzt verschert? Als eine Konzeption an den Reichstag und die öffentliche Meinung würde man ihre Entlassung doch sicher nicht betrachten können, denn wenn sie wirklich gehen, werden andere an ihre Stelle treten, die das Vertrauen des Volkes ebensowenig besitzen wie sie.

Unter den Namen ihrer angeblichen Nachfolger befindet sich mehr als einer, der auf Sturm deutet. Sturm in der äußeren, wie in der inneren Politik. Herr v. Goltz, der alte Militär, mit seinen rasselnden Kriegervereinsreden, der noch neulich in der Schachmaderdebatte des Herrenhauses allen ultrareaktionären Schlagern mit rotem Kopf wie rasend Beifall klatschte, ist vielleicht noch nicht der Gefährlichste. Und der einzige Erklärungsgrund, den man für den bevorstehenden Kanzlerwechsel hier und da doch zu hören bekommt, ist der, Wilhelm II. habe sich anläßlich des Bergarbeiterstreiks von seiner Umgebung überzeugen lassen, daß Deutschland am Vorabend der Revolution stehe, und darum gehe er nun aus, den „starken Mann“ zu suchen, nach dem sich die Junker seit Jahren heiser schreien.

Doch Genueses erfährt man nicht, und „nichts Gewisses weiß man nicht!“ Ueber den Willen waltet das Schicksal; das Volk hat geduldet seiner Entscheidung zu harren. Wenn wir eine neue Regierung bekommen — was geht's uns an?

Eine mißlungene Staatsaktion.

Vor einiger Zeit erschienen in der Buchhandlung Vorwärts mehrere Beauftragte der Polizei, um nach den vorhandenen Exemplaren der Gedichtsammlung „Von unten auf“, herausgegeben von Franz Diederich, zu fahnden und die Exemplare in Beschlagnahme zu nehmen. Die Staatsanwaltschaft glaubte in mehreren der in der Sammlung aufgenommenen Gedichte auf rührerische Tendenzen entdekt zu haben, denn sie eröffnete nach der Beschlagnahme des Werkes gegen den Genossen Weber als Verleger ein Strafverfahren wegen Uebertretung der §§ 111 und 130 des Strafgesetzbuches.

In schreiendem Widerspruch zu den Anschauungen der verschiedensten bürgerlichen Literaturkenner stand natürlich auch der Beschluß des Amtsgerichtes, das die Beschlagnahme verfügte. Das eigenartige Kulturdokument lautet:

Beschluß.

- Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird die Beschlagnahme der Druckchrift „Von unten auf“, Ein neues Buch der Freiheit, gesammelt von Franz Diederich, Berlin, 1911, Verlag Buchhandlung Vorwärts (Hans Weber), bestehend aus 2 Bänden, Beschlagnahme, soweit folgende Gedichte darin enthalten sind:
Band I S. 287 1. Der Tag wird kommen.
Band I S. 309 2. Den Reichen.
Band I S. 72 3. Unbestimmtes für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein.
Band II S. 76 4. Die Arbeiter an ihre Brüder.
Band II S. 79 5. Die Internationale.
Band II S. 87 6. Befreiung der Arbeiter: Wehe der Welt.
Band II S. 91 7. Am Ausgang des Jahrhunderts.
Band II S. 93 8. Selbstgespräch eines Proletariats.
Band II S. 297 9. Wächter der März.
In den Gedichten werden die einzelnen Klassen der Bevölkerung zueinander in Beziehung gesetzt, die K...

den und die Armen, die Besessenen und die Unbesessenen, die Arbeiter und die Angehörigen anderer sozialer Schichten. Die Besessenen werden als Bedrückter, Drückter, Ausbeuter, die Arbeiter als Bedrückte, Geknechtete, Ausgebeutete, Armen bezeichnet, deren Lohn für ihre mühselige Arbeit und Schaffen geistige und körperliche Anwesenheit sei.

Unter falscher und übertriebenener Schilderung seiner Lage wird der Arbeiterstand aufgeführt, sein Lohn abgemindert und die Stellen der Anwesenheit zu bringen. Dabei ist nicht an den Kampf mit geistigen Waffen oder auf wirtschaftlichem Boden gedacht, vielmehr wird unter Hinweis auf die Macht, die die Klasse der Arbeiter in ihrer Gesamtheit in den Händen hat, zu gewalttätiger Befreiung von den Fesseln angelockt; der Revolution wird angerufen, wiederzufahren.

Die ausführliche Eigenart des Inhalts der Gedichte wird noch gesteigert durch die in das Werk eingeschalteten Bilder, die entweder geschichtliche Umstände wiedergeben oder in anderer Weise die Auflehnung des Volkes gegen die bestehende Ordnung darstellen oder das Elend an Angehörigen des Arbeiterstandes veranschaulichen sollen. Bezeichnend ist auch das Bild in Band II S. 272, das die Fälligkeit von Aufständischen wiedergibt.

Nicht ohne Absicht in gleicher Sprache sind auch die Ueberschriften der Unterabteilungen des Werkes gewählt, so bei den Gedichten von Nr. 1 und 2: „Ich bin das Schwert“, bei den Gedichten Nr. 3: „Pferd und Geldengur“, bei den Gedichten Nr. 4-8: „Massefährer“.

Das Gedicht Nr. 4 wendet sich an die Soldaten mit der Aufforderung, den Gehorsam zu verweigern; die Gedichte enthalten danach die Landbestandsmerkmale des § 120 des Strafgesetzbuches, in einem Falle, dem das Gedicht Nr. 4, die des § 111 des Strafgesetzbuches. Die sie enthaltenden Teile der Sammlung unterliegen gemäß § 94 der Strafprozedur, § 20 des Preussischen Verfassungsgesetzes und sind deshalb zu beschlagnahmen.

Berlin, den 19. Dezember. Königl. Amtsgericht Mitte, Wkt. 125; des. Manns. Für richtige Abschrift: Berlin, den 9. Januar 1912. gez. (Unterschrift), Sekretär.

Inzwischen scheint die Anklagenbehörde sich bei einigen Sachverständigen über den hohen literarischen Wert der Gedichtsammlung Auskunft geholt zu haben, denn das, was wir im voraus wußten, ist eingetroffen. Die Oberstaatsanwaltschaft mußte auf die eingelegte Beschwerde gegen die Beschlagnahme des Werk wieder freigegeben. Dem Verleger ging gestern das folgende Schreiben der Staatsanwaltschaft zu:

Das gegen Sie wegen Preßvergehens betreffend das Buch: „Diebstahl von unten auf“ geführte Vorverfahren habe ich eingestellt.

Die beschlagnahmten Exemplare werden den Stellen, bei denen sie beschlagnahmt sind, alsbald wieder zuachen.

Preuss. Oberstaatsanwalt.

Bei etwas besserer Kenntnis der Literatur hätte sich die Staatsanwaltschaft die unausbleibliche Blamage nicht zugezogen. Handelte es sich doch bei den beschlagnahmten Gedichten um Werke von Pfau, Herwegh, Freiligrath u. a. Und auch die staatsgefährlichen Bilder sind Reproduktionen von Werken der berühmtesten Meister, wie Menzel, Meunier, Klinger, Crane, Dore, David, Fidus usw.

Aber was weiß davon die Polizei und Staatsanwaltschaft? Und das ist immerhin ein milderer Umstand in dieser kläglich vorbeigelungenen Staatsaktion.

Eine dreiste Erfindung.

Die „Nordd. Allgemeine Ztg.“ schauert die „Nationalzeitung“ an. Ihre Behauptung, der Rücktritt des Staatssekretärs Wermuth sei zwischen dem Reichskanzler und dem Zentrum abgekartet gewesen und in der Redaktion der „Germania“ habe man schon längst gewußt, daß das Ende Wermuths bevorstehe, sei eine dreiste Erfindung. Die armen Nationalliberalen! Es ist schon soweit mit ihnen gekommen, daß von amtlicher Stelle gegen ihre Organe ein Ton angeschlagen wird wie er vordem nur gegenüber dem „Vorwärts“ üblich war. Aber man merkt, daß Bismarck sehr nervös ist. Die Aufregungen der letzten Tage haben seine angeborene bürokratische Unzugänglichkeit noch verschlimmert.

Der Bogt von Splt.

Erzählung von Theodor Mügge.

14] Lornjen blühte sie bewegt an. „In Liebe vereint“, sagte er, „ja gewiß, darin liegt alles, was ein Mensch zu begehren hat. Aber die sich trennen müssen, um einsam ihren Weg zu gehen. Was ist deren Hoffnung?“

„Zu wagen und zu gewinnen“, gab sie zur Antwort. „Wagt der junge Schiffer nichts, wenn er über die Meere zieht, um endlich Braut und Hallig zu erwerben? Des Mädchens hofft auf ihn, auf seine Liebe. Sie weiß, daß er kommen wird, sie wartet gläubig und treu auf die erste Stunde.“

„Gut Lornjen“, rief der Baron, der am Hauje hingegen war und nun zurückkehrte, die Schlupf liegt bereit, und wie ich höre, soll es hohe Zeit sein, wenn wir mit der Flut hinaus erreichen wollen. — Nimm Abschied, Lina, und laß uns eilen.“

Der Abschied war kurz. Der alte Herr konnte nur mit Mühe den armen Halligleuten ein Geschenk anbringen. Einige Minuten später lag das kleine Schiff aus dem Gerinn ins Meer. Gute Wünsche schallten ihm nach, bald war es mitten in Wellen und Wind, der seine Segel schwellte.

Nach einigen Stunden, als der Morgen eben zu dämmern begann, fiel der Anker dicht an der Uferlinie im Hafen.

„Gut Lornjen“, sagte der Staatsrat, „ich weiß, daß ich Ihnen den größten Dank schulde, und ich will darauf tun, wie ich mir Gemüthung verschaffen kann. Vor der Hand verzeihen Sie nicht, daß Sie Freunde in Kopenhagen haben, denen es wohlthun wird, wenn sie irgend etwas um können, was Ihnen angenehm ist.“

„Vergessen Sie uns nicht“, sagte das Fräulein hinzu. — Lornjen hat sie auf des Dolmetscher. Ein kleiner Kranz der Hand, dann gingen sie beide nach dem kleinen Platz, die Schiffleute trugen das Gepäck nach.

„Morgen wird alles vergessen sein!“ rief Lornjen, die Hand über seine Stirn reichend. „Morgen bin ich in Splt, der Traum ist aus!“

4.

Am nächsten Morgen trat Jens in sein väterliches Haus. Großen Müdes und frohen Gemüthes schien er zu sein, als er die hohe Backe erblickte, auf welcher es zwischen Kaminen und blühenden Gesträuch lag. Hier war es nicht, wie auf der kleinen armen Hallig Südfall; hier gab es Frischluft, blaue Kinder, die sich im duffigen Graje logerten, eine reiche gekuppelte Marie. Hier gab es auch vor den Tünnen, Dörren

Wie wird nun erst die Nachricht von der Debatte im Reichstagen auf ihn wirken. Auf eine Interpellation des nationalliberalen Abgeordneten Winkel über die Stellung der sächsischen Regierung zur Erbschaftsteuer hat der Finanzminister Dr. v. Seydewitz erklärt, die sächsische Regierung habe sich für die Erhebung einer Erbschaftsteuer ausgesprochen und sie nehme heute noch den gleichen Standpunkt ein wie 1909.

Dann war aber bekanntlich am Dienstag abend in der „Nordd. Allg. Ztg.“ zu lesen:

Man war im Bundesrat einstimmig der Ansicht, daß die Umbringung der sächsischen Erbschaftsteuer zur Deckung der Wehrvorlagen mit Rücksicht auf die Stellung der Sozialdemokratie zu den Wehrvorlagen ein politischer Fehler sei und nicht einmal Erfolg verspreche.

Werb nun am Ende in der nächsten Nummer des offiziellen Organs das, was der Minister v. Seydewitz vorgebracht hat, auch eine dreiste Erfindung genannt werden? Wenn das nicht geschieht und wenn der merkwürdige Widerspruch zwischen zwei amtlichen Rundgebungen keine Aufklärung erfährt, wird man sich über die „dreisten Erfindungen“ der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ seine eigenen Gedanken machen.

Das Gesundheitsamt.

Die Nachsichtigung des Reichstages am Dienstag brachte Anstrengungen und Anregungen. Aber am Mittwoch ging der Reichstag mit neuem Mut an die Arbeit, an eine Arbeit, die schwierig und fast tiefen groß erscheinen mag: Das „Gesundheitsamt“ zu überwinden, das mit etwa zwanzig Rednern aus dem Hause belagert war. Die Abgeordneten durften indessen frohgemut sein, weil ihnen für diesen Tag eine Wiederholung der gestrigen Uebersicht nicht drohte.

Genosse Frey begründete unsere Resolution, die verlangt, daß Arbeitervertreter bei den Erhebungen über den Gesundheitszustand in der chemischen Industrie hinzugezogen werden. Unter Berufung auf ein reichhaltiges Zahlenmaterial widerlegte er die unvollständigen und vielfach bewußt einseitigen Statistiken, mit denen das Unternehmertum namentlich in der Farbenindustrie ihre Ungefährlichkeit nachzuweisen sucht. Außerdem hatte unser Genosse den Tisch des Hauses mit bildlichen Darstellungen geschmückt, die auf die zahlreichen Abgeordneten, welche sie in Augenblicke nahmen, erschütternd wirken mußten — Bilder, die allerdings seine Behauptung vollends ergänzten, daß Deutschland im Schutz der Ostarbeiter hinfantelt.

Man konnte es der lahmten Erwiderung des Ministerialdirektors Dr. Caspar schon aus weiter Ferne anhören, daß die Regierung nicht mag und sich einfach hinter Vorwänden verschanzt, mögen sie noch so einseitig sein. „Die Regierung mildert ihre Aufmerksamkeit...“, „die Regierung erläßt Verordnungen...“, „es sind müßerregende Einrichtungen...“ — so wollte er beruhigen. Und gegen unsere Resolution polemisierte er mit der ungläubigen Bemerkung, es sei schwer, Arbeiter zu finden, die für die Erhebungen geeignet seien! Das steht etwa auf der Höhe der sozialpolitischen Argumente, die neuerlich Herr Rogalla von Dieberstein offenbart hatte.

Der nächste Redner, Herr Sepp von den Nationalliberalen, eröffnete wieder die Fleischdebatte. Dieser merkwürdige Liberale äußerte sich indessen auch nicht viel anders, als es der erste Hündler getan hätte. Der Fortschrittler Fischbeck, der nachher zu Wort kam, legte Wert darauf, gerade den Unterkonsum von Fleisch in der Arbeiterbevölkerung zu unterstreichen.

So ging die Debatte unermüdlich weiter. Erst gegen 7 Uhr wurde über die Resolution abgestimmt, wobei auch die von unserer Fraktion eingebrachte über die Hinzuziehung von Arbeitern bei den Erhebungen mit großer Mehrheit gegen die Rechte angenommen wird. Auch die sozialdemokratische Fleischresolution wird mit den sozial-

demokratischen, fortschrittlichen und einigen nationalliberalen Stimmen gegen Rechte und Zentrum nach einigen Bedenken des Bureaus für angenommen erklärt.

Die Notwendigkeit der Erschließung neuer Steuerquellen wird in den „Verf. Pol. Nachrichten“ noch einmal, anscheinend offiziös, mit allem Nachdruck betont. Es wird hervorgehoben, daß die Einnahmen des Reiches nicht weiter in dem Maße steigen werden, wie in den letzten Jahren, um so weniger, als ein Anfall bei der Zucksteuer zu erwarten ist. Die Darlegung schließt:

„Alle diejenigen Kreise, die die kommenden Wehrvorlagen als eine Notwendigkeit ansehen, werden im Interesse des Zustandekommens der letzteren gut tun, den Standpunkt, daß neue Einnahmen für die Deckung ihrer Kosten unbedingt seien, zu verlassen, und sowohl im Interesse der Stärkung der Wehrfähigkeit des Vaterlandes, wie der Wahrung der Reichsfinanzen den Weg zur Deckung durch neue und durch alte Einnahmen zu beschreiten.“

Das klingt sehr mutig, wird aber dem Zentrum nicht entfernt imponieren, nachdem der Kanzler mit der Preisgebung Wermuths gereizt hat, wie sehr er bereit ist, die Wünsche des Zentrums zu erfüllen.

Die Rechtfertigung der Ausländer.

Die Reichstagskommission zur Beratung des Staatsangehörigkeitsgesetzes legte am Mittwoch die Beratung der Bestimmungen über die Erteilung des Staatsbürgerrechts an zugezogene Ausländer fort. Noch einmal trat Abg. Berner für den sozialdemokratischen Antrag ein, den Ausländer nach zweijähriger Niederlassung ein Recht auf Einbürgerung zu gewähren, und widerlegte die gegen denselben von den verschiedensten Seiten erhobenen Einwände. Von nationalliberalen und konservativen Seite wurde der Antrag bekämpft, obgleich auch vom nationalliberalen Redner über die Abweisung von Aufnahmegeflüchten lebhaft Klage geführt wurde. Der Vertreter der preussischen Regierung behauptete, daß bei der Erteilung von Aufnahmegeflüchten in Preußen semiklausur betrieben werde, wie ein nationalliberaler Redner behauptet hatte. Dieser Regierungsvertreter verteidigte ferner den Standpunkt, daß beim Mangel eines staatlichen Interesses die Ablehnung der Naturalisation selbstverständlich sei.

Abg. Landberg führte einige Fälle zum Beweise beibrachte, daß Juden in Preußen nicht aufgenommen werden, und sei denn, daß sie sich einer besonderen Verrichtung erweihen. Der sozialdemokratische Antrag sei geboren aus dem Mißtrauen gegen die Praxis der Behörden, das fast allgemein in der Kommission geteilt werde. Die Frage eines nationalliberalen Redners, warum es denn die Ausländer besser haben sollten, als die Ausländer, die doch auch von der Polizei kontrolliert werden, verdient die weiteste Verbreitung und sollte deshalb im Kommissionsbericht Aufnahme finden. Der Redner der fortschrittlichen Volkspartei lehnt ein Recht der Ausländer auf Einbürgerung ab, weil es in keinem anderen Lande bestehe. Ein Arbeiter-Abgeordneter des Zentrums bekämpfte das Recht auf Einbürgerung ausländischer Arbeiter, da diese eine Konkurrenz gegen die heimischen Arbeiter bilden. Die abschließliche Praxis der preussischen Behörden gab auch dieser Redner zu.

Dr. Duraud-Brunstorf lenkte die Aufmerksamkeit besonders auf die Haltung der liberalen Parteien, während Abg. Berner die Auffassung zurückwies, als ob die Rechtfertigung der ausländischen Arbeiter für die inländischen Arbeiter von Vorteil sei. Diese Rechtfertigung anders an der Lohndrückerei durch beherrschende Arbeiter nicht, sie läge nur zur Abhängigkeit vom Unternehmer nach die Abhängigkeit von den Behörden hinzu. Bei der Abstimmung wird der Antrag Berners und Genossen. Ausländern nach zweijähriger Niederlassung ein Recht auf Aufnahme zu gewähren, abgelehnt; nur die Sozialdemokraten und der Däne stimmten dafür. Abgelehnt wurden auch die fortschrittlichen Anträge, bei denen die Nationalliberalen wieder mit der Rechten stimmten.

In Gnaben angenommen. Das Reichstagsvorständium wird am Donnerstag mittag vom Kaiser empfangen. Der Stein des Anstoßes, der rote Scheidemann, ist beseitigt, nun können die Präsidenten wieder zu ihrem „kaiserlichen Herrn“ wallfahrten. Unseren Ehren haben sie.

Die Osterferien des Reichstages. Der Entlohnungsvertrag des Reichstages beschloß, die Osterferien des Reichstages, deren Ende für den 18. April vorgesehen war, bis zum 29. April dauern zu lassen, um der Regierung zu ermöglichen, die Wehrvorlagen bis dahin fertigzustellen.

und Tische gegen die Fluten, und wenn die Kronen der Linden, die den Giebel des Hauses umwölften, auch laß gefest waren, ihr lodendes Grün bildete doch unten eine Laube, um welche Beete dunkelroter feuriger Marienkäfer und buschiger Levtolen zierlich zwischen Larvenhecken standen.

Lornjen warf einen langen, dankbaren Blick auf das Haus seiner Väter und die Hand nach ihm ausstreckend, rief er: „O wohl dem Menschen, der eine Heimat hat, ein Haus, wo die Wohnen, welche er liebt, wo Arme und Rippen ihn willkommen heißen, wenn er wiederkehrt, wo er unter Bäumen im Schatten ausruhen kann, und wo es Herzen gibt, die Freude und Leid mit ihm teilen!“

Mit schnellen Schritten eilte er die Treppe hinauf und wenige Augenblicke später war er zwischen Vater und Mutter am Kaffeetisch.

„Nun wieder heim, Jens, und alles gut“, sagte der Vater, wohlgefällig den stattlichen Sohn betrachtend, während dessen Hand in der Mutter Hand ruhte.

„Alles gut, Vater“, erwiderte er. „Schon schwere Fahrt, weiter nichts.“

„Komm“, es denken“, sprach der alte Mann, bedächtig nickend, indem er den Rauch der Pfeife stärker von sich blies. Damit war in stiller ruhiger Weise der Empfang beendet.

Das helle freundliche Zimmer, ganz nach friesischer Sitte, war fast wie die Kajüte eines großen Schiffes anzusehen. Es war nicht hoch, und obwohl das Haus maßig aus Backsteinen erbaut war, fehlten in diesem die harten Balken oder Säulen, welche das Dach trugen. Die Zimmerdecke von Holzwerk, mit glänzend weißer Lackfarbe gestrichen, vermachte den Eindruck der Sauberkeit und Wohlhabenheit des Hauses. Die Wände waren bis zur halben Höhe mit kleinen Porzellanfliesen bekleidet, auf denen regelnde Schiffe und allerlei Landschaften eingegraben waren, höher hinauf bis zur Decke waren sie hellgelb in Gel gefärbt und zerschnitten, ohne irgend ein Bildchen, ohne Bild und Stand, so sauber, als können sie eben erst aus der Hand des Malers.

Ein paar große Schränke von Buchbaumholz mit Metallgriffen standen im Zimmer, in der Mitte ein gewaltiger Tisch von demselben Material. Schildelein hingen da und dort, eine kleine Schandemur in braunem Schilke fehlte nicht, und auf dem Tischchen am Fenster unter dem Spiegel lag ein mächtiges Fernrohr, halb herausgehoben, wie es Seelen brauchen.

„Wir haben dich gestern schon erwartet, Jens“, sagte der alte Vater. „Ganna Peteren war bei uns den ganzen Nachmittag über. Da liegt noch das Glas, mit dem sie auf die See schaute.“

„Ich bin in Gulum gestiegen“, gab Jens zur Antwort. „Zeit ab vom Quai“, sprach der alte Kapitän.

„Gatte ein paar Passagiere, einen holländischen Staatsrat und seine Tochter von Helgoland mitgenommen, wo sie keine Ueberfahrt fanden.“

„So“, sagte der Alte. „Hast gelesen, was sie in Kopenhagen wieder wollen?“ — Er reichte Jens ein Zeitungsblatt hin, der hineinsah, die Stirn zusammenzog und es wieder fortwarf.

„Dah es nichts Gutes sein konnte, was zu denken“, sprach er. „Gutes für uns kann von daher nicht kommen. — Sie wollen Dänen in Schleswig anstellen, uns zwingen, nach Kopenhagen zu gehen, um Dänen zu werden. Das ist ein alter Plan, Vater, aber er wird ihnen doch nicht gelingen. Um unser Geld können sie uns betrügen, sie die Haut abziehen und die Ohren dazu, aber Dänen werden sie nie aus uns machen.“

„Hast recht!“ sprach der Kapitän. „Möchtest also Deinen Anker dort nicht werfen?“

„Ich?“ fragte Jens und eine Röde trat plötzlich in sein Gesicht. „Ich möchte wohllich nicht, was ich dort zu schaffen hätte.“

„Reine es auch so“, fuhr der Alte fort. „Ist falscher Grund, er läßt los, ehe man es denkt. Ist aber eine Lodung für den Ehrgeiz, und wer den hat, mag sich hüten.“

„Ich freue mich, daß Du wieder bei uns bist, Jens“, sagte die Mutter, und benke, Du solltest uns sobald nicht verlassen.“

„Mutter“, erwiderte der Sohn zärtlich, „wo könnte ich in der Welt lieber sein, als hier. Wenn ich fort bin, steht es mich zurück. Ja, ich bin ein echter Frieser, ich kann von der Scholle nicht loslassen, auf der ich geboren wurde. Wie die Wandernägels aus dem Süden immer wieder auf ihr Nest an der Küste zurückkehren, so fühle ich die Sehnsucht nach dem alten Hause auf der Warft, und mein ganzes Wünschen geht dahin, hier einst glücklich zu sein bis an mein Lebensende.“

„Ist gerade, als ob man die Ganna hörte“, lachte die Frau, „die hängt auch mit Geld und Seele an Splt fest. Ist ein Jahr lang in dem großen Hamburg gewesen, hat bei dem mächtig reichen Vermanden ein herrliches Leben geführt, hat es aber doch nicht aushalten können, und preßt Gott, daß sie wieder in ihres Vaters Haus einzeln sitzen kann.“

„Es ist eine braves, fleißige Dirne“, brummte der alte Kapitän, die Rauchwolken vor sich hinjagend.

„In acht Tagen muß ich zurück“, sagte Jens. „Ich habe zwar wenig zu tun, langweile mich und andere Leute, muß jedoch auf dem Posten sein.“

„Schick die Laduna über Bord werfen, Jens“, sprach der Vater.

Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente.

Zur Prüfung der Frage, ob eine Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente in nächster Zeit möglich erscheint, wird die Regierung demnächst einen Sachverständigenausschuss einberufen.

Minister Bötticher beschäftigt am Mittwoch das Reichshaus, das nach den Schatzmachereien der letzten Tage vielleicht Wert darauf legen möchte, wieder in den Geruch der Heiligkeit zu kommen.

Aus der Steuerkommission des preussischen Abgeordnetenhauses. Die Steuerkommission hat Dienstag Abend einige wichtige Beschlüsse gefasst.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages fasste am Mittwoch den Beschluss, die Wahl des Abg. Köllch (natl.) der in Ober-Ostpreußen gegen den bisherigen Zentrumskandidaten Schiller angetreten wurde zu beanstanden.

Die Budgetkommission des Reichstages. Die Kommission erledigte am Dienstag zunächst Petitionen der reichsständischen Eisenbahner, die auch die Anerkennung ihrer Verbände als Berufsorganisation fordern.

Die Verhandlungen zwischen dem Reichsminister und dem Auswärtigen Amt über die „Nationalzeitung“ auf dem Wege des Pressebureau im Reichsministeramt zurück.

Im sächsischen Landtage entwickelte sich bei der Beratung über die Zivilisten und Apanagen eine Auseinandersetzung zwischen Konservativen und Fortschrittlichen über die Frage, inwieweit der Landtag ein Recht habe, materiell über Annahme und Ablehnung der Zivilisten zu beschließen.

Ein Kriegerverein gegen seinen Vorsitzenden. Der Kriegerverein in Wehl (Westfalen) hat vor einiger Zeit den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Schulenburg zur Reichsleitung gewählt, weil er im Reichstage für Scheidemann als Vizepräsidenten bestimmt hat.

Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstammung oder wegen der in Ausübung seines Berufs getanen Heuerungen gegen rassistisch oder diskriminierend verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Rechenschaft gezogen werden.

Wenn schon den Kriegervereinen alle möglichen Uebergriffe gestattet sind, so wird man ihnen doch auf keinen Fall eine derart flagranten Verletzung der Reichsverfassung hingehen lassen dürfen.

Ausland.

Ein neuer Anschlag gegen die Gewerkschaftsbewegung in Rußland.

Die zwei größten Arbeiterorganisationen Petersburgs, der Metallarbeiterverband und der Verband der Arbeiter des polygraphischen Gewerbes, die an der Spitze der russischen Gewerkschaftsbewegung marschieren, sind plötzlich am 13. d. Mts. auf Befehl des Stadthauptmanns geschlossen worden.

Die Urachen dieses Vorgehens treten klar zutage. Den Draufgängerrechnungen der Arbeiter, die sich im letzten Jahre auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete zu regen begonnen haben, soll nun ein Damm entgegengesetzt werden, und das um so gründlicher, als die Wahlen für die vierte Duma vor der Tür stehen.

Pariser Bevölkerungsstatistik. Unter Pariser Korrespondent schreibt uns vom 12. März: Die Seinerprätorat hat soeben das Resultat der letzten Volkszählung vom 6. März 1911 veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß es in Paris 80,689 Häuser gibt, in denen 1,123,634 Familien wohnen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 21. März.

Die Krüppelfürsorge

Ist bisher stets vernachlässigt worden. Während für die Erziehung blinder, taubstummer und schwachmühtiger Kinder wenn auch nicht ausreichend, so doch einigermaßen gesorgt wurde und dabei gute Erfolge erreicht wurden, blieben die jugendlichen Krüppel meistens ihren Leiden überlassen.

In ganz Deutschland gibt es zurzeit erst 56 Krüppelheime, denen nur 4183 Betten zur Verfügung stehen, während von den über 100.000 vorhandenen Krüppeln mindestens 56.000 der Aufnahme in ein Heim bedürfen.

Es handelt sich um die Fürsorge für Kinder und Jugendliche bis zu 15 Jahren. Sie sollen nicht mit Altwaisen überhäuft, sondern erzogen und arbeitsfähig gemacht werden. Die Krüppelhaftigkeit der Kinder ist entweder angeboren oder durch Krankheiten verursacht.

nicht ein einmaliger operativer Eingriff erreichen, sondern nur die dauernde Befahrung, die in den Kliniken nicht möglich ist. Die zur Heilung sind Krüppelheime auch zur Erziehung nötig. Eine Minderzahl ihrer Kräfte weisen die Krüppel nicht auf; sie sind also bildungsfähig.

Ein Kampf um „Glaube und Heimat“.

Schon in mancher deutschen Stadt haben die patentierten Beschützer des angeblich so oft bedrohten katholischen Empfindens gegen die Aufführung von Schönherr's Schicksalsdrama Front gemacht. Nun fühlen sich die braven Gleiwitzer Zentrumsherrn bemüht, auch ihrerseits ein gewichtiges Wort in die Waagschale zu werfen.

„Mein Katholik ins Theater! — das sei die Parole für den morgigen Freitag“, so tönt es aus der stolzen Männerbrust, und die in jedem Falle schnell bereite „Volksstimme“ ruft es in die Welt ihrer Leser hinaus. Besonders empört ist man darüber, daß der Direktor des Gleiwitzer Stadttheaters, Herr Kükenkirch, dieses „Tendenzstück“ als Volksvorstellung aufbietet.

„So kämpft man“, bemerkt hierzu die „Breslauer Zeitung“ mit Recht. „In Gleiwitz und auch anderswo für Wahrheit, Freiheit und Recht“, indem man die Freiheit nur für sich in Anspruch nimmt und ein Recht fordert, das nur auf Kosten anderer zu erlangen ist.

Wir machen darauf aufmerksam, daß am nächsten Sonntag „Glaube und Heimat“ im Thalia-Theater als Volksvorstellung im Verein des Sozialdemokratischen Vereins zur Aufführung kommt. Billets dazu sind noch in der Expedition der „Volkskraft“ zu haben.

Breslauer Schlachthausmarkt. Amtlicher Bericht über den Hauptviehmarkt am 20. März. Der Auftrieb betrug: 1917 Rinder, 2254 Schweine, 1181 Kühe, 81 Schafe. Ueberhand vom vorigen Marke waren: 15 Rinder, 42 Schafe. Es wurden geschlachtet 50 Kilogramm:

Table with 3 columns: Item description, Quantity, and Price. Includes categories like I. Rindvieh, II. Schafe, III. Schweine, IV. Schmalz, and V. Fleisch.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Olsch. — Redaktion und Expedition: Neue Hauptstraße 7. — Verlag der „Volkskraft“, G. m. b. H. — Druck von Th. Schatz, G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Herausg. v. Sellgen.

MAGGI Bouillon-Würfel der beste! 5 Würfel 20 Pfg., einzelne Würfel 5 Pfg. MAGGI gute, aromatische Küche!

Es ist bekannt, Dr. Oetker's Backpulver
 Dr. Oetker's Puddingpulver
 Dr. Oetker's Vanillin-Zucker
 etc. etc.

Überall tauchen Nachahmungen davon auf. Die kluge Hausfrau achte beim Einkauf daher darauf, nur die echten Fabrikate zu erhalten mit dem Namen

„Dr. Oetker's“

Überall zu haben!

1 Päckchen 10 Pfg. 3 Stück 25 Pfg.

Kranken- u. Begräbniskasse „Hoffnung“ e. H. zu Breslau.
 Unser Mitglied, **Herr Hugo Jäger**
 ist am 18. d. M. unerwartet im blühenden Alter von 25 Jahren seiner Familie entrissen.
 Beerdigung: Freitag, d. 22., nachm. 4 Uhr, von der Kapelle des Pohlauwitzer Friedhofes.

Privat-Handels-Schule „Barber“
 Breslau V, Gartenstr. 57
 neben Lieblich. — Tel. 2447.
 Prospekt gratis und franko.

Wilhelmsburg.
 Heute **Kränzchen,** Präsent-Polonäse F. Hützel.
 Donnerstag: **Deutscher Kronprinz** Westendstr. 50/52.
 Heute **Tanzkränzchen mit Präsent-Polonäse.** [3778] A. Franz.
 Donnerstag: **Hentschel, Pöpelwitz**
 Heute **Tanz-Kränzchen** bei freiem Entree.

Schneider
 auf bessere und mittlere Sakkos wollen sich mit Probearbeit und Ausweis melden.
Schlesinger & Grünbaum, Bättnersstrasse 32/33.

Anzüge nach Mass 17,50, 24, 30, 36 Mark,
 elegant, Verarbeitung, gut sitzend. Größte Auswahl in fertigen Anzügen 8,75, 13, 15, 18, 22 Mark
Konfirmations-Anzüge, ein- und zweifach, in allen Preislagen.
 Herrenkleiderfabrik **M. Juliusberger**
 Albrechtstraße 41, 2. Etage. (Kein Laden.) 3537

Schultaschen
 Marktaschen, Sanftaschen usw., in eigener Werkstatt gefertigt, zell und billig. **Jäger, Sattlermeister, Friedrich-Wilhelmstraße 50, Gabelstraße 41 und Ring 2.**

Saal-Restaurant und Café
 „Zum Lessing“, Adalbertstr. 10.
 Saal mit Theaterbühne für Vereine und Hochzeiten gratis.

In freien Stunden, Seit 10 Pfg.

Stadt-Theater.
 Donnerstag 7 1/2 Uhr: „Der Rührige“
 Freitag 7 1/2 Uhr: „Der Waffenschmied“
 Samstag 7 1/2 Uhr: „Der Rosenkavalier“

Bitte lesen!
 Beim Einkauf von **Henkels Bleich-Soda**
 achtet man genau auf unterstehende Packung u. weiße Nachahmungen, da meistens minderwertig, energisch zurück.

Lobe-Theater.
 Donnerstag 7 1/2 Uhr: „Die fünf Frankfurter“
 Samstag 7 1/2 Uhr: „Die Wette der Frauen“

Henkel's Bleich-Soda
 garantiert reinlich u. geschmacklos.
 Sparat bedeutend Seife, macht die Wäsche blendend weiß. Übertrifft bei allen Reinigungszwecken die Soda durch raschere u. gründlichere Wirkung, macht namentlich Metallgegenstände sehr klar u. Holzgegenstände sehr weiß. Greift Hände u. Wäsche nicht an. Löst sich in Wasser sehr rasch, sollte deshalb in keiner Haushaltung fehlen.

Thalia-Theater
 Donnerstag: Humboldt-Berlin.
 „Die Anna-Siese“
 Freitag, Humboldt-Berlin.
 „Die Schule der Welt“

Schauspielhaus.
 Donnerstag 8 Uhr: „Alt-Wien“
 Freitag 8 Uhr, zum 60. Male: „Die moderne Eva“

Lieblich's Etablissement
 Heute: **Henry Bender**
 und das brillante März-Programm!
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater
Haskel
 der Höhepunkt stürmischen Lacherfolges
 „Mein Herr Marquis“
 etc. etc.

Zeltgarten
 Der beliebteste: **Willy Haase**
 auf vielfachen Wunsch
 Der Klub im Scheitniger Park.
 Im um Spezialitäten.
 Ganze 20 Pfg.

Palmengarten
 Kunst-Praktik-Veranstaltung
Orange-Fest in Mexiko.
 Echtheit von Breslau.
 2 Kapellen
 Frey bei warmen Spielen: Entree frei.
 Bekleidung im prächtigen Original-Kostüm.

Möbeln
 Bettstühle u. Matrake u. Betten 25 u. 30 Mark
 Schrank 21 u. Kleiderschrank 35 u. 40 Mark
 Tisch- u. Ankleide-Einrichtungen von 200 u. an. — Preisliste gratis.
 Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Max Giesel
 Größtes Möbel-Kaufhaus
 der Provinz
 70 Wohnungen in 6 Segmentsen.
 Schillerstraße 5, piz. u. l.

Neu eröffnet!
Eschner's Schuh-Basar
 Granpenstr. 13, Eckhaus Wallstr.
 empfiehlt sich den geehrten Lesern dieser Zeitung.
 Reichhaltige Auswahl familiärer Schuhwaren für Herren, Damen und Kinder zu billigsten Preisen.

Stehen bleiben!
 Auf Teilzahlung mit kleinster An- und Abzahlung kann man **Möbel**
 Damen- u. Herren-Garderobe
 2432 mit langjähriger Garantie bei **Adolf Schröter, Breslau, Ring 2, Ecke Nikolaistr.**
 Wagen ohne Firma, Katalog gratis. Versandnachnahme.

BERUFS - WÄSCHE



Fleischer-Jacketts	Konditor-Jacken	Schutz-Mäntel
Fleischer-Schürzen	Bäcker-Jacken	Monteur-Anzüge
Koch-Jacken	Friseur-Jacketts	Ausschänker-Blusen
Koch-Hosen	Kellner-Jacketts	Berufs-Schürzen

Lehrlings - Berufswäsche.
 Saubere Näharbeit — Haltbare Stoffe — Niedrigste Preise.
Leinenhaus Bielschowsky
 Nicolaistrasse 75/76 Breslau Ecke Herrenstrasse.

Palmona
 muß deshalb als Pflanzen-Butter-Margarine bezeichnet werden, weil man sie sonst von Butter nicht unterscheiden könnte. Nehmen Sie die Verpackung weg und Sie haben die feinste Süßrahmbutter! Lassen Sie sich keine Nachahmungen aufdrängen!

Breslaner Fischhallen
 Schmiedebrücke 59. Telefon 2472.
 Heute und morgen köstlich frischer **Gablau und Seelachs** im Schnitt Pfund 25 Pfg.
 Postkoffi inkl. Verpackung Markt 2,25.
 Alle anderen Fischarten ebenfalls billig.

Nach dem Kampf im Ruhrgebiet.

Die Belegschaften befolgen den Beschluß der Revierkommission, am Mittwoch die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne Widerpruch. Auf einzelnen Beichen vollzog sich Mittwoch früh die Anfahrt der Streikenden ohne jede Zwischenfälle. So wurde dem Arbeiterausschuß der Zeche Hamburg mitgeteilt, daß die Streikenden wieder an ihre alten Plätze zurückkehren könnten.

Der angebrochte Abzug der sechs Strahlschichten wirkt allgemein aufregend. Auf verschiedenen Beichen hat man beobachtet, daß diese sechs Schichten bei der Lohnzahlung nicht in Abzug gebracht werden sollen.

Streikjustiz im Ruhrgebiet.

Nachdem in Bochum am Montag von der eigens hierzu gebildeten Strafkammer bereits zwei von den bisher dort anhängig gemachten 97 Anklagen verhandelt worden sind, wurde am Dienstag vom Schöffengericht in Peine mit den Urteilen der Anfang gemacht.

Zwei jugendliche Arbeiter aus Isern besuchten ihren Onkel in Peine. Sie trafen ihn vor dem paus an. Mann hatten sie ihn begrüßt, als sie auch schon für verhaftet erklärt wurden. Der alte Zeuge vernommene Schutzmann mußte anderes zu beordnen, als folgendes: Ich sah die Leute an der Haufe an der Seite stehen und rief auf sie zu. Ich fragte: Na was habt ihr denn da zu sehen? Woran ist zur Antwort erfolgt: Wir wohnen hier. Ich sagte dann: Na, dann kommt mal mit, und brachte sie beide zur Wache. — Auf die Frage des Richters, ob der Zeuge verurteilt habe, festzustellen, ob die Angeklagten der Zeche antretten, antwortete der Zeuge mit Nein. Und das Urteil? Der eine Angeklagte erhielt zwei Wochen, der andere zehn Tage Haft.

Eine Frau, die „Streikbrecher“ gerufen hatte, wodurch zwei Arbeitsschichten sich beleidigt fühlten, wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Das Schöffengericht in Glatz, das am Sonnabend 13 Leute wegen der Worte „Pun“ oder „Streikbrecher“ zu ein bis zwei Monaten Gefängnis verurteilt hatte, scheint also für die Urteile im Ruhrgebiet tonangebend werden zu sollen.

Oberbürgermeister Dr. Eichhoff und die Streikenden Bergleute.

Herr Dr. Eichhoff, der Oberbürgermeister von Dortmund, ist in einem miltlichen Verdacht gekommen. Von ihm wurden dieser Tage in der Presse und selbst im Parlamente Dinge erzählt, die man schlichterdingens von einem preußischen Oberbürgermeister nicht erwarten darf. Es wurde ihm rühmend nachgesagt, er habe gegen die Verwendung des Militärs in Dortmund Protest erhoben, er habe auch gefordert, daß die Streikenden selbst durch mit weißer Binde kenntliche Leute für Ordnung sorgten. In Dortmund ist hiervon nichts bekannt. Der Bürgermeister selbst wendet sich gegen die Annahme, er habe Ordner mit weißer Binde gefordert. Aber auch Militär war in der Stadt. Die militärischen Lokale waren mit Militär angefüllt. Und bei alledem hat es an blühenden Vorkommnissen nicht gemangelt. Zwar hat Dr. Eichhoff bei einem früheren Streik einmal erklärt, er stehe prinzipiell auf dem Standpunkt, daß die Polizei in wirtschaftliche Kräfte nicht eingzugreifen habe. Die Theorie ist ganz nett, aber

von der Praxis wissen die Dortmunder Arbeiter zu erzählen. Dortmund ist aus früheren Jahren berühmt durch seine Polizeibeschwerden. Und die letzte Woche hat hinlänglich bewiesen, daß der alte Geist noch immer nicht gewichen ist. Geradezu schauerhaft aber ist in Dortmund die Verwendung von Polizeibanden gegen die Streikenden. Vor diesen Bestien ist kein Mensch sicher, und sie haben auch manchen armen Teufel böse zugerichtet. So mancher hat in der letzten Woche seine Freigang von der Polizei erhalten, der nur durch Zufall Strahlpaschant war und mit dem Streik auch nicht das geringste zu tun hatte. Das Militär wäre wahrscheinlich rücksichtsloser gewesen, als die Dortmunder Polizei, die übrigens durch fremde Polizei verstärkt war.

Herrn Dr. Eichhoff sagte man immer schon nach, daß er darauf halte, mit den maßgebenden Zentrumsgrößen auf allem Fuße zu stehen. Er hat auch während dieses Streik nichts getan, deren Zentrumstrost zu verlieren. Er stimmt auch in gewissen Sinne durchaus mit der Zentrumspresse überein. So meint auch er, daß die Annäherung von Frauen und Kindern von den Streikenden organisiert sei. um der Polizei die Angriffe zu erleichtern. Etwas Verächtliches behauptet ja auch die Zentrumspresse. Und doch weiß jedermann, wo die Polizei in Massen auftritt, sammeln sich Neugierige, in erster Linie Frauen und Kinder. Der Dortmunds Polizei hätte das eigentlich schon aus Erfahrung wissen. Nur durch das Massenaufgehoben von Polizei erlangten Annäherungen, und bei dem bekannten Trautmannsheim der Polizei und Bergmännern unermesslich, die schließlich mit blühenden Vorkommnissen enden.

Es wäre uns lieb von Dortmund etwas anderes berichten zu können, aber es ist nicht. Herr Dr. Eichhoff ist wirklich in einen Verdacht gekommen, der ihm nicht einmal lieb sein wird, und der auch garnicht gerechtfertigt ist.

Im Luga-Delsniker Revier.

hat die Bewegung noch nicht im geringsten nachgelassen. Wenn auch die Dienstausschicht keine neuenwerte Zunahme der Streikenden gebracht hat, so ist aus den Nachrichten der verschiedenen Werke zu erkennen, daß sich die Verhältnisse in schwerer Verlegenheit befinden. Sie hatten nicht erwartet, daß die künftigen Kräfte und die Mitarbeiter anderer gewerkschaftlicher Organisationen sich so zahlreich, wie sich zeigen, am Streik beteiligen würden. Auf verschiedenen Werken werden die drei Schichten zu einer zusammengeleitet, um wenigstens eine neuwertige Arbeiterziffer herauszubringen. Auf einigen Werken ist der Streik gänzlich eingestiegen. Im Revier sind 60 Gendarmen mehr als sonst stationiert, die aber keine Arbeit haben und auch keine bekommen werden. Diesen Mangel machen verschiedene Heberdienste durch etwa halbhectares Vorrath an die Streikenden weit zu machen. Besonders erheblich ist das große Interesse der Frauen für den Streik.

Die bürgerliche Presse verbreitet allerlei Schandergeschichten und sucht den Streik als bedeutungslos hinstellen. Sie gehen davon aus, daß die Hälfte der Streikenden im Revier kreuzen zurzeit 70 Prozent der Gesamtbelegschaft. Im Revier kreuzen zurzeit 70 Prozent der Gesamtbelegschaft. Im Revier kreuzen zurzeit 70 Prozent der Gesamtbelegschaft. Im Revier kreuzen zurzeit 70 Prozent der Gesamtbelegschaft.

Im Zwittauer Bergbaubezirk.

ist die Lage des Kohlenarbeiterkampfes unverändert günstig. Die Zahl der Streikenden, die bis jetzt ununterbrochen gestiegen ist, hat Mittwoch früh eine weitere erhebliche Steigerung erfahren und die Kampfstimmung der Bergleute hat deshalb an Frische noch gewonnen. Die Arbeiter sind überzeugt, daß die Zeit des Kampfes kaum günstiger gewählt werden konnte und daß die vollkommene, wenn es ihnen gelingt, weiterhin die Kohlenarbeiter der Zwittauer Revier wie bisher zu verkleinern, die in dem notwendigen Erfolge zu Ende zu führen. Den Grubenbesitzern des Zwittauer Reviers beginnt bereits das Feuer auf den Nägeln zu brennen. Die Belegschaften sind teilweise arg zusammengebrochen, daß selbst die Vertriebsbeschränkungen und Beschränkungen der Nachschichten nicht mehr als ausreichend angesehen werden kann. Die Herren versuchen neuerdings, Streikbrecher aus Böhmen anzuwerben. Es gelang den Streikenden, sich mit einem Abgesandten dieses Trupps in Verbindung zu setzen, um zu erreichen, daß dieser Trupp von Böhmen nicht abgeht.

Auf den Wilhelmshütten, wo fast 3000 Mann beschäftigt werden, sind nur etwa 100 angefahren. Au dem Tiefbauwerk, wo fast 1000 Bergarbeiter beschäftigt werden, sind nur 260 Streikbrecher vorhanden. Auf dem Brückenbergshacht streiken

rund 70 Prozent. Auf dem Morgensternshacht sind Mittwoch früh nur 25 Mann angefahren, die Gesamtbelegschaft beträgt 1300. Die Arminischen Schächte sind Mittwoch früh ebenfalls in großem Umfange ausständig geworden. 200 Bergleute sind am Mittwoch früh nicht angefahren. Auf dem Gottesackerhacht sind Mittwoch früh nur 30 Bergleute angefahren.

Am Donnerstag Nachmittag findet für die Bergarbeiter des dortigen Bezirks eine große Massenversammlung statt. Die Polizei, die sich bisher ruhig verhalten hat, hat Dienstag verabschiedet die Streikposten von den Werksanlagen entfernt, obwohl sich diese ganz ruhig verhalten hatten. Ein Streikposten wurde verhaftet, der nichts anderes getan hatte, als einen Streikbrecher mit ruhigen Worten zur Teilnahme an dem Streik aufzufordern.

Der böhmische Kohlenstreik.

Der Streik im böhmischen Kohlenrevier gewinnt an Ausdehnung. Seit der heutigen Nachmittagssticht sind acht große Schächte zum Stillstand gekommen, während auf den übrigen Gruben mit tschechischen Belegschaften nur ein Drittel bis die Hälfte der Arbeiterschaft angefahren ist. In Bruch land gestern nachmittag eine tschechisch-anarchistische Versammlung statt, die beschloß, den Streik im ganzen Revier mit Gewalt zu erzwingen. Die Gendarmen wurden konzentriert. Bisher wurde die Ruhe nicht gestört.

Im Teplicher Gebiet wird, einem Telegramm zufolge, der Ausstand für den 31. März angekündigt, falls die Forderungen unbeantwortet bleiben. Doch hält ein Teil der Arbeiterschaft diesen Zeitpunkt für zu weit hinausgeschoben, mit Rücksicht auf die Beilegung des Streiks im Ruhrgebiet und die der Lösung sich nähernde Streiklage in England. Im Kladoer Revier haben die Grubenbesitzer beschlossen, eine Lohnserhöhung vom 1. April ab in Aussicht zu stellen.

Die Mindestlohnbill gefährdet!

London, 20. März. Die Unionistenführer des Unterhauses haben bekannt, daß sie die Ablehnung der Mindestlohnbill beantragen würden. Die Minister stellen sich über das Schicksal der Bill im Hinblick auf den Beschluß des Bergarbeiterverbandes, in dem die Einfügung eines bestimmten Lohnsatzes in die Mindestlohnbill gefordert wird, sehr besorgt.

Trotz dieser Meldung halten wir es für wahrscheinlich, daß das Gesetz auch in der zweiten und dritten Lesung angenommen werden und der Streik damit sein Ende finden wird.

Vom französischen Bergarbeiterstreik.

Der Streik dehnt sich über die Gruben von Tonnois aus. Nach amtlichen Mitteilungen sind 850 Bergarbeiter des Bezirks im Ausstand, während 1688 noch angefahren sind. Das Exekutivkomitee der nationalen Föderation ist Dienstag in Lens zusammengetreten, um die Sachlage im Vorarbeiten zu prüfen. Die Besprechungen dauern fort.

Die Forderungen der amerikanischen Bergleute.

New York, 20. März. Präsident Taft berief den früheren Präsidenten der Vereinigung der Minenarbeiter Mitchell zu sich, um, wie es schon Roosevelt 1902 getan hat, mit ihm über die Möglichkeiten einer Abwehr des Kohlenstreiks zu beraten. Der Vorsitzende des Arbeitersomitees im Repräsentantenhaus erklärt, daß auf Grund seiner Informationen 450.000 Arbeiter in Westkohlenrevieren ebenfalls am 1. April in den Streik treten werden, falls ihre Forderungen nicht bewilligt werden. Die von dem Präsidenten der Readingbahn, Paer, kommende Anregung zu neuerlichen Ausgleichsbedingungen ist von der Union wohlwollend aufgenommen worden, jedoch nächster Tage ein neuerliches Zusammenbrechen der Streikstelle in New York wahrscheinlich erscheinen. Die Verhandlungen in Cleveland wegen des Ausstandes der Westkohlenarbeiter haben keine Entscheidung herbeigeführt. Im allgemeinen zeigte der heutige Tag die Tendenz zu friedlicher Beilegung der Differenzen.

Das Komitee des Repräsentantenhauses für den zwischenstaatlichen Handel hat nach einem Kabellegramm aus Washington die Einsetzung einer Unterkommision beschlossen, um eine Bill des Repräsentanten über die Eisenbahnen zu beschleunigen und die Einigung bei Arbeiterstreitigkeiten auf den Kohlenbergbau zu bezwecken. Sie verspricht sich von diesem Gesetz, das bereits für die Eisenbahnen in Kraft ist, die Abwendung des beschränkten Kohlenstreiks. Die Interstate Commerce Commission hat eine Reduktion der Frachtsätze für bituminöse Kohle um 10 Cent pro Tonne auf den Strecken zwischen den Bezirken von Pittsburg und den großen Seen angeordnet.

Stadt-Theater.

„Lothegrin“ von R. Wagner.

Herrn Juska aus Augsburg sah am Mittwoch ihr Gastspiel als Eha fort. Ich kann mein neuliches Urteil vollständig ausdrücken und noch hinzufügen, daß der Gast auch darstellerisch gesehen mehr aus sich herausging und im allgemeinen eine adäquate Leistung bot. Es erscheint mir rationabel, die Künstler für unsere Bühne zu verpflichten, das, was ihr noch an künstlerischen Qualitäten fehlen sollte, dürfte sie hier nicht schwer schnell ergänzen. Ich bemerke allerdings, daß ich nur den zweiten Akt hörte und nach diesem das Theater verließ, weil das Orchester, das vorgerufen ist wunderbar zart begleitete konnte, gesehn in einer unbeschreiblichen obenbetäubenden Weise gegen die bedauernswerten Sänger anstimmte. So gar Herr Witekopf mußte schreien, um sich verständlich machen zu können. Das Duett zwischen Tetramund (Herr Würtinghaus) und Orend (Hr. Porowich) war im höchsten Grade unerquicklich. Der Erstaunen forcierte seine von Natur aus schon Stimme bis zum Zerreißen, die Letztere schrie und tremolante herbrechend. Wohin soll das führen? Wir haben noch beinahe zwei Monate Spielzeit! Wie sollen das die Sänger, wie soll es das Publikum aushalten? Ich zitiere zum Schluß nur die Worte, die der gewiß nicht unbegabte Hans Richter 1876 im Orchestertraume von Bayreuth anschlagen ließ: Nur piano, pianissimo, dann wird alles gut gehen.

Was aller Welt.

Wie die Opfer der „Oceana“ starben. Als Augenzeuge der furchtbaren Schiffskatastrophe im Kanal gibt der englische Leutnant Hutchison, der während des Anfalls des deutschen Seglers „Oceana“ in seiner Kajüte in der „Oceana“ schlief, ein erschütterndes Bild des Unglücks. Durch die furchtbare Erschütterung wurden die Passagiere aus den Betten geworfen, alles stürzte heftig an Bord, das Schiff lag schon am zwei bis drei Meter tief im Wasser und die Wellen schlugen über Kopf. Die Aufregung und die Todesangst der in diesen Katastrophen waren unbeschreiblich. Mit Mühe gelang es den Offizieren, Ordnung zu schaffen; man begann sofort die Rettungsboote hinabzulassen. Wir Männer halfen den Frauen in die Boote. Ich warthe, daß ich an die Reihe kommen würde, als jenes schreckliche und unheimliche Unglück eintrat. Das erste Boot war herabgelassen, wohl 10 Menschen konnten darin Platz gefunden haben. Und das Fahrzeug erreichte auch glücklich das Wasser. Aber der Segler war fast

tig. Das Seil riß nicht, aber man konnte die Klammern der Seile nicht schnell genug vom Boot losmachen, während es noch an den Läuern hing, wurde es von einer Woge gepackt, fortgerissen, eine Sekunde später leuchtete es vor unseren Augen. Wir sahen die unzähligen Menschen im Wasser verkrüppeln und konnten nicht helfen. An dem geleierten Fahrzeug sahen wir noch einen Mann und eine Frau klammern, sie hielten sich eng umfangen und schrien verzweifelt um Hilfe. Im nächsten Augenblick packte sie eine mächtige Woge und riß sie davon. Es war fürchterlich. Inzwischen wurde unser Boot herabgelassen. Wir kamen glücklich ab, hörten aber einen Schrei, schrien zurück und sahen an dem anderen Boot eine Frau hängen. Wir konnten nicht nahe genug herankommen, um sie zu retten, sie mußte loslassen, eine Welle riß sie, aber zum Glück gelang es in diesem Augenblick einem Herrn aus mir, die Unglückliche am Arm zu fassen. Wir zogen sie in unser Rettungsboot. Es war Frau Mac Farlane, die einzige Überlebende aus jenem Unglücksboot. Ihre Eltern und Geschwister sind umgekommen. Das Traurige ist, daß diese Katastrophe nur durch die Kopfloßigkeit der Besatzung verursacht wurde. Der jetzt in London eingetroffene Stenermann „Ocean“ sagt aus, daß die Rettungsboote ohne Besatzung in wilder Hast losgemacht wurden. Dabei hielt sich das Schiff noch sieben Stunden über Wasser, so daß die Löffel ganz überflüssig war.

Der Waghals als Diebeshelfer. In einer der letzten Nächte trat ein als Chauffeur gekleideter junger Burche von etwa 18 Jahren an einen Beamten der Pianener Wache und Schließgesellschaft heran und bat ihn, ihm zu helfen, sein Automobil aus der Garage zu ziehen. Der Beamte tat dem Bitten nach auch den Gefallen, das Automobil wurde mit vereinten Kräften herausgezogen, der Chauffeur nahm den Führersitz ein und fuhr davon. Am nächsten Morgen stellte er sich heraus, daß es sich um einen dreizehnjährigen Dieb handelte. Das Automobil gehörte einem Ingenieur und hatte einen Wert von 6000 Mark. Es ist möglich, daß der freche Dieb die Absicht hatte, mit dem Kraftwagen Diebsfahrten freche Dieb die Absicht hatte, mit dem Kraftwagen Diebsfahrten freche Dieb die Absicht hatte, mit dem Kraftwagen Diebsfahrten

Ein Leutnant als Soldatenquäler. Wegen Mißhandlung von Untergeordneten hatte sich der Leutnant Willi Gruber vom ersten Bataillon des Infanterie-Regiment Nr. 48 in Darlehmen vor dem Gericht der zweiten Division in Jasterburg zu verant-

worten. Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit (N) geführte längere Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu zwei Monaten Festungshaft.

Ein dänischer Schriftsteller als Sittlichkeitsverbrecher.

Auffsehen erregt in Kopenhagen die Verhaftung des dänischen Schriftstellers und früheren Theaterregisseurs Stella Rye, der beschuldigt ist, sich an einem Knaben sittlich vergangen zu haben. Rye, der erst kürzlich drei Monate wegen desselben Vergehens verurteilt, hatte die Absicht, mit dem Expreßzug nach Berlin zu flüchten.

Selbstmord.

Der Präsident der Budapester Anwaltskammer, Saiwal, hat sich auf der Reise zwischen Budapest und Wien bei Trautmannsdorf im Eisenbahnzuge erschossen. Der Beweggrund zum Selbstmord ist unheilbare Krankheit.

Mord!

In einem Wächterhäuschen der Pariser Nordbahnstraße nächst Amiens wurde der Bahnwärter Brudent durch schwere Eisenstücke erschlagen aufgefunden. Den Leichnam hatten die Missetäter auf das Gleis geschleift, ihn aber schließlich, wie die Blutspuren deutlich zeigen, wieder in den Hausflur getragen. Aus dem Wächterhäuschen hatten sie ein kleines Schränkchen mit tausend Franken, die sich darin befanden, gestohlen. Die Mörder sind unermittelt entkommen und die Polizei hat noch keine Spur von ihnen.

Verbrechen?

Am Mittwoch nachmittag wurde aus dem Rhein die Leiche eines feingekleideten Herrn geborgen, die mit Stricken an den Füßen und Händen gefesselt war. Da die Leiche außer einer Menge anderer Wunden auch recht gefährliche Kopfverwundungen aufwies, nimmt man an, daß ein schweres Verbrechen vorliegt. Die polizeilichen Ermittlungen sind bereits im Gange. Bisher hat man allerdings von den Tätern oder dem Täter noch keine Spur entdecken können.

In die Luft gesprengt.

Aus Dunmore in Pennsylvania wird telegraphiert, daß dort ein Haus durch eine darunter gelegte Dynamitbombe in die Luft gesprengt wurde. Acht Bewohner wurden dabei sofort getötet und eine große Anzahl schwer verletzt. Das Haus selbst wurde vollständig zerstört.

Gefräßiger.

Während der Löscharbeiten bei dem Brande der Mühle in Reckwitz, stürzte eine Mauer ein und begrub drei Knaben im Alter von fünf bis fünfzehn Jahren, von denen einer sofort getötet wurde. Die beiden anderen sind so schwer verletzt, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen werden. Die große Dampfmaschine wurde vollständig vernichtet.

Geschichtskalender.

22. März.

- 1690 Der Maler Anthonis van Dyk in Antwerpen *.
1771 Der Schriftsteller Heinrich Schöffe in Magdeburg *.
1882 Der Dichter Johann Wolfgang von Goethe in Weimar *.
1871 Der dramatische Dichter Adam Beyerlein in Weissen *.

Fürs Gewerkschaftshaus.

Um unseren Lesern einen Ueberblick über die Einzelspenden zum Gewerkschaftshaus zu geben, haben wir nachstehend eine Zusammenstellung der Zeichnungen nach der Größe der gezahlten Summe angefertigt. Sie ergibt, daß sich bisher knapp 1000 Personen an den Zeichnungen beteiligt haben, also noch sehr viele Genossen die nächsten beiden Monate benutzen können, um ihren Obolus für das neue Heim beizutragen.

Table with 3 columns: Anzahl Zeichner, Summe, Gesamtwert. Rows range from 118 Zeichner mit 5 Mk. = 565 Mk. down to 1 Zeichner mit 3000 = 3000.

904 Zeichner mit 107 428 Mk.

Dazu kommen dann die früheren und jetzigen Beiträge der Corporationen, Gewerkschaften, Vereine, Distrikte und 232 Karten zu je 6 Mark, die jetzt schon mit Marken ausgefüllt sind.

Die beteiligten Personen sind nicht nur in Breslau, sondern auch in der näheren und weiteren Umgegend wohnhaft, so in Schwitz, Krietzern, Maffelwitz, Löwen, Polen, Hannover, Mühlheim an der Ruhr, Stodscheln und vielen anderen Orten.

Das Urteil im Prozeß Metternich und Genossen. In dem Spielerprozeß Metternich und Genossen wurde Mittwoch nachmittag das Urteil gefällt. Der Angeklagte Bajes wurde wegen Betruges in einem Falle zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und zu drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Betrogen? Eine Betrugsaffäre, bei der es sich um zweihunderttausend Mark handelt, beschäftigt zurzeit die Berliner Kriminal-Polizei. Der Gardeoffizier v. B. ist durch zwei Hochstapler, von denen sich der eine Brogle, der andere v. Griesheim nannte, um einen erheblichen Teil seines Vermögens gebracht worden.

Sturm im Kanal. Infolge eines starken Sturmes, der im Kanal herrschte, konnte der Postdampfer „Duceu“, der den ständigen Dienst zwischen Folkestone und Boulogne versieht, mit 150 Passagieren an Bord nur unter äußerster Schwierigen Umständen in den Hafen von Boulogne einlaufen.

Schiffunglück. Der Dampfer „Bosnia“ der Schiffahrtsgesellschaft Dalmatia ist nachts in der Nähe der Insel Brioni mit dem Marinelenker „Satyr“ zusammengestoßen.

Selbstmord im Polizeigefängnis. Der wegen Fahrtenverweigerung inhaftierte Eisenbahnkondukteur Stanislaus Spiel hat sich im Prastauer Polizeigefängnis vom dritten Stockwerk in den Hofraum gestürzt.

300 Hinger in Meer getrieben. Dreihundert Fischer, die an der Küste von Finnland fischten, sind auf einer Eisfahle in das Meer hinausgetrieben worden.

Erleben in Kephalonien. Aus Kephalonien werden heftige Erdstöße gemeldet. Der angerichtete Schaden soll sehr groß sein. Unter der Bevölkerung ist eine Panik ausgebrochen.

Es ist sehr wünschenswert, daß auch fernern noch viele fleißige und ausdauernde Genossen ihre Beiträge und Spartenbeiträge bei der Bauvereinsgesellschaft niederlegen, damit unser Werk ohne Aufenthalt gefördert werden kann.

Die fertige Bauzeichnung unterliegt zurzeit der Prüfung der Baupolizei.

Geht in den Frauenabend!

Geht in den Frauenabend und bereichert dort Euer Wissen! So rufen wir den weiblichen Mitgliedern des sozialdemokratischen Vereins zu, indem wir sie auffordern, heute recht zahlreich in den folgenden Lokalen zu erscheinen:

- Milde, Gräbichenerstraße 74.
Schweizerhof, Schweizerstraße 28.
Vorn. Casperle, Matthiasstraße 38.
Fischer, Michaelisstraße 26.
Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 1.
Restaurant Bohrauerstraße 70.
Mikulle, Wöpelwitzstraße 28.
Jahn, Schönstraße 21.

Der Frauenabend beginnt um 8 Uhr und ist um 10 Uhr zu Ende. Zutritt haben nur Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins Breslau.

Die Rentenquetscherei

Der Landesversicherungsanstalt Schlesiens fand Mittwoch abend auf der Tagesordnung einer öffentlichen Versammlung im Gewerkschaftshause. Genosse Neufirch, der kürzlich einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt, besprach ausführlich, wie es gekommen, daß heute weniger Invalidenrenten als vor dem Jahre 1889 gewilligt werden.

Der ungeheure Rentenrückgang ist unnatürlich und kann nur durch das bewußte Bestreben erklärt werden, überhaupt möglichst wenig zu bewilligen; es ist offenbar mit voller Absicht auf die Verminderung der Invalidenrenten hingearbeitet worden.

Selbstmord des Schauspielers Willi Frohbe. Am Mittwoch vormittag hat der Schauspieler Willi Frohbe vom Pöpping-Theater in Berlin Selbstmord verübt, indem er sich im Abort des Zuges einer Kleinbahn erschoss.

Soldatenselbstmord aus gekränktem Ehrgefühl. In München hat sich ein junger Kanonier vom 1. Fußartillerie-Regiment, der beschuldigt war, zwei Mark geklaut zu haben und deshalb ins Gefängnis gebracht werden sollte, nach dem Nachmittagsappell erschußt mit der Erklärung, er sei unschuldig und werde die Schmach nicht ertragen.

Literatur.

Der Roman der Bergarbeiter. Durch das Volk der Stubenarbeiter ging eine mächtige Bewegung. Eine der gebildeten Arbeiterschichten, die fern von Sonne und Freiheit für einen Hungerlohn schaffte, — deren Tätigkeit einer Handvoll Bergherren und Aktionäre dauernd Ströme von Gold zuströmen ließ. — hat sich fordernd erhoben und bestrebt mit stürmischer Stimme einen bescheidenen Anteil am selbstgeschaffenen Ueberflusse.

geradezu im Gelde und haben alljährlich ungefähr 80 Millionen Mark Ueberfluß. Das Vermögen aller Anstalt betrug 1910 nicht weniger als 1640 Millionen Mark, Schlesien hat sein Vermögen von 57 Millionen im Jahre 1900 auf 110 Millionen erhöht, also in zehn Jahren fast verdoppelt.

Die Aussprache, die sich an den Vortrag knüpfte, war sehr lebhaft und brachte manchen Hinweis für die traurige Tatsache, daß der Arbeiter nicht nur unter der Ausbeutung seiner Arbeitskraft und dem übermäßigen Steuerdruck zu leiden hat, sondern auch in seinem Drängen nach aufwärts von den herrschenden Gewalten gehemmt wird.

Die heutige öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus verurteilt aufs Schärfste die Rentenquetscherei der Landesversicherungsanstalt Schlesiens, die sich darin äußert, daß jetzt in vielen Fällen, entgegen dem Verfahren in früheren Jahren und im schroffen Widerspruch mit dem Geiste der gesetzlichen Bestimmungen, keine Invalidenrente bewilligt wird, wo sie unbedingt gewährt werden mußte.

Im Namen des Königs! In der Privatklage des Badermeisters und Konditors Ernst Schlegelinger in Breslau, Viktoriastraße 5, Privatklägers und Widerbeklagten, gegen 1. den Badergehilfen Fritz Wittmann in Breslau, Oberstraße, Baderherberge, 2. den Redakteur Emil Rabold, früher in Breslau, jetzt in Waldenburg, Angeklagten und zu 1 auch Widerkläger, wegen Verleumdung, hat das königliche Schöffengericht in Breslau in der Sitzung vom 13. Januar 1912, an welcher teilgenommen haben: Stein, Amtsgerichtsrat, als Vorsitzender, Baer, Tagelöhner, Bohmann, Friseur, als Schöffen, Seidler, Aktuar, als Berichtschreiber, für Recht erkannt: Der Angeklagte Rabold ist der öffentlichen Verleumdung des Privatklägers, begangen durch den Artikel: „Mißstände in den Bädereien“ in Nr. 131 der „Volkswacht“ vom 11. Juni 1911, der Angeklagte Wittmann der Verleumdung schuldig.

Pfennig kostet, können wir jedem Genossen, jeder Genossin nun empfehlen, auf „In Freien Stunden“ zu abonnieren und diesen wertvollen Roman so in ihren Besitz zu bringen.

Petrus und der Streikebrecher.

Ein Streikebrecher, hu, hu, hu,
Sind hier auf Erden keine Ruß'
Und als er nun zu Petrus kam,
Der strenge ins Verhör ihn nahm,
Herr Petrus sprach: was willst du hier?
Du warst auf Erden keine Bier,
Du hast verlernt das Christentum
Und auch im Himmel keinen Ruhm.
Wer will das Paradies gewinnen,
Der muß vor allem stets sein Sinnen
Nur auf die Bruderkiebe richten
Und sich nicht halten zu den Wächtern,
Die ängstlich kriechen auf dem Bauch,
Ein solcher Kriecher bist du auch,
Der Herr, als er auf Erden ging,
War auch geachtet nur gering,
Er trat mit seinem Worte rein
Stets nur für die Enterbten ein,
Drum soll'n die Armen alleweil
In ihrem eignen Seelenheil
Als Brüder halten treu zusammen,
Wers nicht tut, den muß ich verdammen,
Und weil du bist zu Kreuz gefroren
Und hast zuerst den Streik gebrochen,
Erklär' ich laut Artikel vier
Kraft meines heiligen Amtes hier,
Daß du fährst wieder auf der Stelle
Zum reichen Manne in die Hölle,
Der heilige Petrus drauf im Nu
Blies auf dem Schiffe, hu, hu, hu,
Drei Leufel kamen, wuh, wuh, wuh,
Und sprachen: Herr, was wünschst du?
Herr Petrus sprach: Schleppt diesen fort,
Bringt ihn an einen sichern Ort;
Er ist ein erbärmlich seliger Schächer,
Ein hundsgemeiner Streikebrecher.
Schleppt ihn hinab zum fließten Pades,
Ins Fegefeuer dritten Grades
Und bratet ihn in Rech und Del
Zu strafen seine schwarze Seel'.
Und die Moral von dem Gedicht,
Dreht niemals einen Streike nicht,
In Liebe, Treu' und Ehrlichkeit
Dalt zu den Brüdern allezeit,
Dann wird dich Petrus nie verdammen,
Du bist ihm stets willkommen; Amen!

Abgelehnte Richter.

Nicht weniger als drei Prozesse werden heute gegen unsere Genossen Darf als früher verantwortlichen Redakteur der „Volkswacht“ vor der ersten Strafkammer geführt. Es handelt sich in allen Fällen um angebliche Beleidigungen, wovon der Landgerichtsdirektor und vier andere Richter entscheiden sollen. Genosse Darf ist nach seiner Verurteilung zu drei Monaten Gefängnis wegen Beleidigung der Polizei und nach dem ganzen Verhalten des Herrn Mundr und zweier anderer Richter der Überzeugung, daß sie ihm gegenüber befangen sind. Vor Eintritt in die Verhandlung erklärte deshalb der Verteidiger, Rechtsanwalt Bandmann: Der Angeklagte lehnt den Landgerichtsdirektor Mundr und die Landgerichtsräte Schmidt und von Schlehrung als Befangene ab. Der Gerichtshof zog sich zur Beratung zurück und verfügte bald darauf, daß der Ablehnungsantrag abgelehnt wird, da sich die Richter nicht als befangen erklären. Nun verließ der Verteidiger den Verhandlungssaal und Genosse Darf erklärte, daß er sich selbst auch nicht verteidigen werde. Das Schreiben, worin die Gründe für die Ablehnung der Richter angegeben werden, durfte der Verteidiger nicht verlesen.

Im ersten Prozeß wegen Beleidigung des Amtsvorstehers von Deutsch-Lissa beantragte der Staatsanwalt zwei Monate Gefängnis; das Gericht erkannte auf 50 Mark Geldstrafe.

Die zweite Strafe, was der Landgerichtsdirektor Magistrate befiehlt, wurde ebenfalls mit der Verurteilung zu 50 Mark Geldstrafe, die auch der Staatsanwalt beantragt hatte.

Erstrenliche Erfolge

haben wir bisher auch bei den Gemeindevahlen im Landkreis erreicht wir können vorläufig zufrieden sein. In den nächsten Tagen werden die Wahlen fortgesetzt.

Sonnabend nachmittags 3 Uhr wird in Herrnprotsch gewählt. Die dortigen Genossen hoffen, daß es ihnen möglich ist, ihren einzigen Vertreter eine Verstärkung zukommen zu lassen. Nebenlich ist es in Sachwitz. Hier ist die Wahlzeit auf Sonnabend nachmittags 4 Uhr angelegt worden. Unangenehm kann es wohl nicht gemacht werden; aber die Ortsverwaltungen sollen sich bemühen.

Montag, den 25. März, nachmittags 6 Uhr, sind in Klein-Gandau die Ergänzungswahlen, während in Goldschmideden am 26. März, nachmittags 5 1/2 Uhr, die Wahlen fallen.

Für Koberwitz ist die Wahl auf Mittwoch, den 27. März, angelegt und am 29. März, nachmittags 3 Uhr, ist in Pölschitz die Stichwahl zwischen dem Gutbesitzer Thiel und unserem Genossen Koppel.

Wahltag in Odwiz.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich die Gemeindevahl in Odwiz am Mittwoch. Es wird uns darüber geschrieben: Wenn auch im letzten Augenblicke von unseren Gegnern die Kandidatur des Genossen Pentzschel nünftig gemacht wurde, so gelang es doch, in der Person des Zimmermanns und Hausbesizers Weiß einen den gesetzlichen Ansprüchen genügenden Ersatz zu finden, damit war die Beteiligung der Arbeiter an der Wahl gesichert. Zur Ehere des Döwitzer Arbeiter sei gesagt, daß sie die Weisung des Wahlkomitees genau befolgt haben. Unbeschadet der Gegenagitiation des hiesigen Krügervereins gelang es, unseren Kandidaten mit 103 Stimmen in der 3. Abteilung durchzubringen gegen 28 Stimmen, die auf den gegnerischen Kaufmann Köhrtsch fielen. Die Wahl selbst vollzog sich in einer Weise, die man anderen Orten als Muster empfehlen dürfte. (Siehe Fernanndorf. — T. H.) Nach Erledigung der üblichen Einleitung wurden die Genossen Reglich und Pentzschel ohne Widerspruch in den Wahlvorstand gewählt und die Abstimmung hatte das oben angeführte Ergebnis.

Zu der zweiten Abteilung wurde der ausscheidende Vertreter, Herr Gasthausbesitzer Schiller, mit 5 Stimmen wiedergewählt; Herr Köhrtsch erhielt 3 Stimmen. Es vollzog sich noch die Wahl der ersten Klasse, in der die Firma Wollheim in Gosel den Kaufmann Hesselmann in Odwiz durch Vollmacht einstimmig zum Vertreter ernannte. Wenn auch den Odwitzer Arbeitern zu diesem schönen Erfolge nur Glück zu wünschen ist, so darf doch nicht vergessen werden, daß die erste Aufgabe für die Arbeiterschaft jetzt darin besteht, die uns noch fernstehenden von den 103 Wählern restlos der Partei zuzuführen. Bemerkenswert ist noch, daß bei der heutigen Wahl die Stimmensummen nicht mehr auf Stempelbogen eingeholt worden sind.

* Der Zentralverband der Handlungsgehilfen beschäftigt sich am Mittwoch mit dem Streit der Zigarrenfabrikanten und Rüstmachers der Zigarrenfabrik von Arthur Deter; es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 20. März 1912 tagende Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die kaufmännischen Angestellten der Firma Arthur Deter sich dazu hergeben, durch Verletzung von Streikarbeit den ihr Recht kämpfenden Tabakarbeitern in den Rücken zu fallen. Sie fordert diese Angestellten auf, im Zukunft jede Art von Streikarbeit abzulehnen, um den streikenden Klassen Genossen ihren Kampf nicht noch zu erschweren, sondern sich auf ihre rein kaufmännische Tätigkeit zu beschränken.“

* Ein „ungewöhnliches“ Reichenbegängnis im Sinne der Breslauer Polizei und Gerichte bewegte sich am Mittwoch nachmittags über die Ohlauer- und Klosterstraße nach dem Friedhofe in Rokitischan. Der Verstorbene war ein Mitglied des Männergesangsvereins „Germania“. Eine große blaue Vereinsfahne, auf der in großen Lettern zu lesen stand: „Mit Gott für König und Vaterland“, wurde von einem Sangesbruder beim Leichenzuge vorangetragen. Auch hinter dem Sarge schritten Kranzträger mit rot-weißen Kranzschleifen, die von keinem Polizeisten abgehakelt wurden. Unbehelligt konnten die Kränze mit den bunten Schleifen nach dem Friedhofe gebracht werden. Unwillkürlich fragte man sich: „Warum ist uns Sozialdemokraten das verboten, was jedem anderen Vereine erlaubt ist?“ Ja, wenn zwei dasselbe tun!

* Tazepierer-Verband. Mitgliederversammlung Sonnabend, den 23. März, abends 9 Uhr, im Nachweissal, „Stahl-Wien“; dort auch Unterfasserrevision Dienstag, den 28. März. Die Mitglieder werden zur Revision einbezogen. Nächste Woche allgemeine Vertrauensmännerwahl im Gewerkschaftshaus.

* Der angerandelte Schuhmann. Ein Bäckerlehrling, der am Abend des 6. Dezember 1911 auf der Feldstraße einen Schuhmann so heftig anredete, daß dieser in den Straßenstaub fiel, wurde vom hiesigen Jugendgericht zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Schuhmann verrenkte sich bei dem Sturz ein Bein.

* Gültlichkeitsvergehen an einem Kavaliers. Der Handelsmann Arthur Schramm stand am Mittwoch vor der hiesigen dritten Strafkammer. Durch Schlingeln hätte er ein in seinem Hause auf der Bohrauerstraße wohnendes Schulkind an sich zu locken gemußt und sich an ihm vergangen. Das Gericht erkannte gegen den Handelsmann auf die gefälligst niedrigste Strafe von sechs Monaten Gefängnis. Die Verhandlung wurde hinter verschlossenen Türen geführt.

Technik und Arbeiterbewegung.

In dem Vortragskursus des Genossen Wolbit, der am nächsten Freitag abend im Breslauer Gewerkschaftshaus fortgesetzt wird, kommt der Redner auf das jetzt so aktuelle Thema des Vergnügens zu sprechen. Da diese Ausführungen durch Lichtbilder erläutert werden, dürfte auch der dritte Abend des Kursus keine Anziehungskraft bewahren und am Freitag abend der Saal des Gewerkschaftshauses wieder gut gefüllt sein.

Die freien Turner und die städtischen Turnhallen.

Die Mitglieder der Freien Turnerschaft Breslau bewiesen durch den guten Besuch der außerordentlichen Versammlung am Mittwoch im Mildes Saal, welches großes Interesse sie an der Bewilligung von Sporthallen haben. Der Redner, Turnvereinleiter Schramm, sprach in einhelligstündigen Ausführungen über: Turnhallenfrage und Magistrate. Er zeigte einleitend, daß schon die Anfänge der Turnbewegung vor hundert Jahren Schwierigkeiten durch die Behörden zu bestehen hatten. Schramm gab dann ein Bild von der Entstehung der freien Turnbewegung in Breslau. Die heutige freie Turnerschaft wurde 1902 gegründet und erhielt nach sieben Monaten eine städtische Turnhalle; später noch eine zweite Turnhalle. Durch Schreiben vom 17. Oktober 1907 wurden diese Turnhallen entzogen, angeblich weil die Schulverwaltungsbehörden dies verlangten. Breslau machte hier eine wenig rühmliche Ausnahme. Der Berliner Magistrate und die Stadtverordnetenversammlung haben das Verlangen des Kultusministers zurückgewiesen. Der dortige freie Turnverein (Fischer) wohnt in vierzig Sporthallen. Später eruchten die freien Turner um Ueberlassung der Feuerwehrturnhalle. Bei Bewilligung dieses Raumes hatte kein Kultusministerium mitzusprechen. Nach langem Warten kam die Mitteilung, daß die Übergabe von Turnhallen nicht erfolgen kann, da die freie Turnerschaft als „politischer“ Verein zu betrachten sei. Der Redner zeigt nun an einigen Beispielen, daß die Vereine der deutschen Turnerschaft politisch freiden. Während auf den Turnboden der freien Turner und in den Versammlungen noch nie Politik geredet wurde.

In der kurzen Debatte vertrat Stadtvordneter Löbe, bei Beratung des Etats einen Antrag einzubringen, der ausdrücklich verlangt, der freien Turnerschaft Schulturnhallen zur Verfügung zu stellen. Die Versammlung nahm darauf folgende Resolution einstimmig an:

„Die für heute einberufene, stark besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung der Freien Turnerschaft Breslau protestiert auf das entschiedenste gegen die Behauptung des Magistrates, die freie Turnerschaft sei bestimmt, politischen Zwecken zu dienen. Da diese Unerwählung gesichert ist, unseren Verein empfindlich zu schädigen, müssen wir diese Behauptung zurückweisen und fordern den Magistrate auf, seine auf solchen Informationen beruhenden Angaben mit Beweisen zu belegen. Die häufigen Versammlungsbesucher glauben als steuerzahlende Bürger das Recht zu haben, vom hiesigen Magistrate zu verlangen, daß der freien Turnerschaft die Schulturnhallen unter denselben Bedingungen überlassen werden, wie den Vereinen der Deutschen Turnerschaft.“

Nach Erledigung von kleineren Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung mit einem Liebes geschlossen.

Zum Streit der Café-Kellner

ist heute zu melden, die Streitigkeiten mit dem Kaiser-Café auf der Ohlauerstraße sind am Mittwoch beigelegt worden. Der Inhaber, Herr Rauchberger, hat die Forderungen der Kellner anerkannt, jedoch die Sperre über sein Lokal aufgehoben ist.

Gegen das Café Geter, Gartenstraße 87, wird der Kampf weitergeführt. Herr Geter hat den Verbandsvertretern die Tür geöffnet und dabei vom Hausfriedensbruch gesprochen. Was sich hier Herr den Streitenden gegenüber erlaubt, das beweist folgendes Zeugnis:

„Der Kellner vor dem 2. Januar 1912 bis heute bei mir als Reviderkellner tätig. Mit seinen Leistungen war ich zufrieden.“

Sein Wagnis erfolgt heute, indem er sich einem durch sozialdemokratische Musikbegleitung hervorgerufenen Streit angeschlossen.“

Solch ein Zeugnis taugt ein Cafébesitzer einem Kellner zu bieten. Nun, Herr Geter wird noch einsehen lernen, daß er sich damit am meisten selbst geschadet hat.

*** Handelskammer und Großschiffahrtsweg.**

Die Breslauer Handelskammer beschäftigte sich am Mittwoch mit dem neuen Großschiffahrtsweg um Breslau und erklärte sich mit dem Grundriss des Entwurfs einverstanden. Der Berichtserstatter Direktor Queißer kam zu dem Schlusse, man müsse im einzelnen fordern, daß die Ausfahrt aus den beiden neuen Schleusen nicht zu nahe an einander gelegt werde, und ebenso die Einmündung des Schiffahrtsweges wegen der notwendigen Verbindung mit dem städtischen Hafen nicht allzu weit unterhalb liegen dürfe, wie das von einigen Schiffereisen gewünscht werde. Besondere Anforderungen müßten an den Ausbau der Schleuse bei Kanfern gestellt werden, um bei tiefem Wasserstande eine Behinderung der Schiffahrt zu vermeiden.

* Im Bezirkverein der Sand- und Schleiniger Vorstadt ist in der Versammlung am 17. März die Pflasterung der Paulstraße bis zur Luthertirche als unbedingt nötig bezeichnet worden. Die Stadtverordnetenversammlung habe beschlossen, die Paulstraße von der Albalberstraße bis zur Gellhornstraße zu pflastern. Das genüge aber nicht. Die Paulstraße sei die Hauptstraße zur Festhalle bei der Jahrmärkte in nächsten Jahre; der große Verkehr werde sich hauptsächlich durch die Paulstraße bewegen. Eine Kommission bekam den Auftrag, beim Magistrate nochmals wegen der Pflasterung der ganzen Paulstraße vorzusprechen.

* Stadtfreie Müllabfuhr. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung ihre Genehmigung ausgesprochen hat, wird vom 1. April ab für zwei neue Stadtteile die Müllabfuhr mit dem neuen staubfreien Müllwagen eingeführt. Es sind dies die Stadtteile Nikolaiviertel, begrenzt von der Ober, Nikolaistadtgraben, Berliner Platz und Freiburger Bahn, und die Neustadt, begrenzt von der Ober, Leisngplatz, Ohlau-Ufer, Klosterstraße, Mauritiusplatz und Marienstraße.

* Schwere Unfall bei einer militärischen Nachtübung. Auf dem Gaudauer Exerzierplatz hielt in der Nacht zum 20. März die vierte Kompanie des hiesigen Grenadier-Regiments Nr. 11 eine Nachtübung ab. Gegen 10 1/2 Uhr abends erlitt nun bei dieser Übung der 22 Jahre alte Grenadier der genannten Kompanie, Paul Sobich, einen rechten Oberschenkelbruch. Sofort herbeigerufene Sanitäter der Feuerwehrlagten dem Verunglückten einen Schienenverband an und schafften ihn im Krankenwagen ins Garnisonlazarett.

* Straßensperrung. Wegen Verlegung von Wasserrohren wird die Kreuzung Kaiser-Wilhelmstraße-Klosterstraße-Klosterstraße vom 21. d. M. ab auf drei Wochen halbseitig gesperrt. Wegen Arbeiten an der Gasrohrleitung wird die Fockendebstraße zwischen Palm- und Fockendebstraße vom 1. bis 20. April halbseitig, die Seminarstraße zwischen Breitestraße und Promenade vom 21. bis zum 24. d. M. ab auf 4 Tage und die

Elbstraße ebenfalls aus gleichem Anlaß zwischen Matthias- und Wöhrstraße vom 1. bis 20. April ganz gesperrt.
* Ein Zehnmarkstück anstelle einer halben Mark erhielt ein Frohstückenfahrer von einem unbekannten Fahrgast; dieser kam sich den zuviel bezahlten Betrag im Fundbüro des Polizeipräsidenten abholen.

* Gefunden wurden ein Fahrrad, zwei Vortennonnette, ein Inhab, eine Handtasche mit Inhalt, eine schwarze Boa, zwei Damenohrringe, eine Svarbische mit Inhalt, ein Zehnmarkstück, ein goldener Ring, eine goldene Damenuhr. Zu erfragen im Fundbüro des Polizeipräsidenten.

Neueste Nachrichten.

Der Präsidentenbesuch.

Berlin, 21. März. Der Kaiser will, wie berichtet wird, vor seiner Abreise nach dem Süden das Präsidentsamt des Reichstages in Audienz empfangen und zwar heute Mittag um 12 1/2 Uhr im königlichen Schloss. Um einen Empfang nachgeholt hat neuerdings nur der neugewählte erste Vizepräsident Dr. Paasche. Nach weiteren Andeutungen hat nach dem Ausscheiden des sozialdemokratischen Vizepräsidenten Scheibemann der Reichskanzler seine früher bezeugten Bedenken gegen den Empfang des Präsidentsamt fallen lassen, und so ist man jetzt auf die frühere Bitte der Abgeordneten Dr. Kammich und Dove um Gewährung einer Audienz zurückgekommen. Hierzu wird gesagt, hoffentlich werde dieser Entschluß des Kaisers dazu beitragen, die Beziehungen zwischen Reichstag und Regierung so vertrauensvoll zu gestalten, wie das Interesse beider Faktoren der Gesetzgebung es wünschenswert erscheinen läßt.
Raampf und Dove hätten jetzt danken sollen.

Wendung im englischen Kohlenarbeiterstreik?

London, 21. März. Seit gestern hat die Lage in der Krisis des englischen Kohlenarbeiterstreikes eine abermalige Wendung erfahren. Zwei wichtige Ereignisse haben sich in den Vordergrund gedrängt. Der Grubenarbeiterverband hat offiziell mitgeteilt, daß er den Gesetzentwurf der Regierung über den Mindestlohn in seiner jetzigen Form nicht annehmen könne. Der Verband beauftragte die Mitglieder seines technischen Komitees, sich mit den Mitgliedern des Unterhauses zu verständigen, um Zusatzanträge zu dem Regierungsvorschlag einzubringen. Das andere wichtige Moment ist, daß die Unionistische Partei nach Prüfung des Wortlautes des Regierungsgesetzentwurfes zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß die Bill keinerlei Garantien für die Grubenbesitzer enthält. Von Seiten der Partei wird in der Kammer der Vorschlag gemacht werden, den Gesetzentwurf bei der zweiten Lesung auf sechs Monate zu verschieben, was allerdings einer Ablehnung des Regierungsvorschlusses, des Regierungsvorschlusses gleich käme. Die Regierung wird sich mithin gezwungen sehen, die Zusatzanträge, die von den Vertretern der Arbeiterpartei namens des Vorstandes der Grubenarbeiter eingebracht wurden, anzunehmen.

Kohlenarbeiterausstand in Amerika!

New York, 21. März. Der Ausstand sämtlicher Kohlenarbeiter in den Staaten der Staaten Ohio, Indiana und Illinois ist gestern in Cleveland für den 1. April verfügt worden. Der Streik wird wahrscheinlich nur 14 Tage dauern. In Arbeiterkreisen hofft man in dieser Zeit während der Unterhandlungen über die Erneuerung der Arbeitskontrakte bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Vergleute zu erzwingen.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 21. März:
Frauen-Abend im Zimmer 1.
Bäcker-Verband. Nachmittags 4 Uhr: Versammlung im Zimmer 2.
Schriftführer und Steindruckerei. Abends 8 Uhr: Versammlung im Zimmer 2.
Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—7 1/2 Uhr im Zimmer 7.
Freitag, den 22. März:
Vortragskursus im großen Saal.
Sonnabend, den 23. März:
Futtmacher-Verband. 40jährige Jubiläumssfeier im großen Saal.
Kupferschmiede. Versammlung im Zimmer 3.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Abteilung, Bezirksführer!
Die Abrechnung über den Monat März ist Montag, den 25. März, abends 8 Uhr, in den Distriktslokalen. Die Kontrollarten und die unverkauften Beitragsmarken sind mitzubringen. Der Vorstand.

Distrikt 7 (Nikolaiviertel).
Die Abrechnung der Bezirksführer ist nicht Montag, den 25. März, abends 8 Uhr, sondern Sonntag, den 24. März, mittags von 10 bis 1 Uhr im Distriktslokal. Es werden auch die Abbonnementsgelber ausgezahlt. Der Distriktsführer.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.

Landdistrikt 3 (Bezirk Schottwitz). Donnerstag, den 21. März, abends 8 Uhr: Gemeindevähler-Versammlung in der Ledler in Schottwitz. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Der Bezirksführer.
Landdistrikt 7 (Klein-Gandau). Donnerstag, den 22. März, abends 8 Uhr: Gemeindevähler-Versammlung bei Bäckerwanger in Klein-Gandau. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Gemeindevahl. 2. Ausstellung der Kandidaten. 3. Verschiedenes. Zu dieser Versammlung haben alle Gemeindevähler Zutritt. Auch Frauen und Mädchen sind als Gäste gern gesehen.
Landdistrikt 9 (Bezirk Grob-Mochberg). Freitag, den 22. März, abends 8 Uhr bei Schreier in Gr.-Mochberg Frauenabend.
Landdistrikt 11/12 (Bez. Bettlern, Sohe, Grünhübel). Sonnabend, den 23. März, abends 8 Uhr: 3. Frauenabend beim Gastwirt Rindhülle in Bettlern. Tagesordnung: 1. Die Frau und der Militarismus. 2. Verschiedenes. 3. Verschiedenes.
Landdistrikt 16 (Bezirk Marschwitz). Sonntag, den 24. März, nachmittags 4 1/2 Uhr: Gemeindevähler-Versammlung bei Gramlich in Marschwitz. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Gemeindevahl. 2. Freie Aussprache. 3. Verschiedenes.
Landdistrikt 17 (Bezirk Goldschmieden). Sonntag, den 24. März, nachmittags 2 Uhr: Mitglieder-Versammlung in der „Doffnung“ (Kolonie Stadelwitz). Tagesordnung: 1. Warum beteiligen wir uns an der Gemeindevahl? 2. Freie Aussprache. 3. Freie Aussprache. Alle Gemeindevähler sind willkommen, ebenso die Frauen und Mädchen.

Rohtab-handlung Carl Rother & Rode
Breslau I, Sumnerstr. 26.
Spezialität: alle Sammler.

Deutscher Reichstag.

Abend Sitzung vom 19. März.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.
Präsident Kaempf erklärt, daß er den Abg. Cohn (Soz.) wegen seiner Versicherung über den Meineid eines Schuhmannes nicht unterbrochen habe, weil nach seiner Ansicht der Redner nicht habe ausprechen wollen, daß der Minister einen des Meineides überführten Schuhmann im Amt behalte.

Staatssekretär Dr. Delbrück: In der Rede des Abgeordneten Cohn heißt es: „Eine derartige Beleidigung nimmt sich umso eigentümlicher aus im Munde dieses Ministers des Innern, der an der Spitze einer Behörde steht, von der einzelne Mitglieder in der Öffentlichkeit schwerer Verbrechen überführt sind.“ (Stürmliches Hört, hört! rechts.) Ich kann diesen Vorwurf nur so auffassen, daß dem Minister der Vorwurf gemacht wird, daß er in dem ihm unterstellten Ressort Leute dulde, die schwere Verbrechen überführt sind. (Sehr richtig! rechts.) Gegen eine derartige Kritik muß ich hiermit ausdrücklich Verwahrung einlegen. Sie befaßt sich mit der Geschäftsführung des Ressorts eines Bundesstaates, die zu über ich dem Reichstag oder einem einzelnen seiner Mitglieder ein verfassungsmäßiges Recht nicht zuzuerkennen. (Stürm. Beifall rechts, große Unruhe links, Zurufe b. d. Soz.: Aber wir sollen uns von einem preussischen Minister beschimpfen lassen. Ein Konservativer schreit: Ruhe drüben, worauf aus den Reihen der Sozialdemokraten die Antwort kommt: Hier ist doch kein Perzenthaus! Hier ist der Reichstag, die Volksvertretung.) Diese Kritik ist aber an einem Abwesenden geübt, der wegen der Immunität der Abgeordneten sich aus dem Hause keine Genehmigung verschaffen kann. (Stürmischer Beifall rechts.) Die Beleidigung ist ein Verbrechen, das im Reichstag nicht überführt ist, gerichtlich verfolgt werden soll und nicht, wie ohne jede Mitwirkung des zuständigen Ressorts entschieden. Eine gerichtliche Verurteilung wegen eines solchen Verbrechens hat ohne weiteres den Verlust des Amtes zur Folge. Es ist also völlig ausgeschlossen, daß der preussische Ressortchef Beamte, die schwerer Verbrechen öffentlich überführt sind, pflichtwidrig im Amt behält. (Bravol rechts.)

Präsident Dr. Kaempf: Meine Stellung deckte sich vollständig mit den Versicherungen des Staatssekretärs.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die vorher diskutierte Resolution der Volkspartei zum „Statistischen Amt“ wird angenommen.

Es folgt das Kapitel „Gesundheitsamt“.

Abg. Gartraß (Zentr.) befürwortet eine Resolution, die für die Einfuhr ausländischer Weine eine Kellertontrolle verlangt.

Abg. Dr. Duard (Soz.): Beim Reichsgesundheitsamt muß die Fleischsteuerung erörtert werden. Es liegt hierzu eine feinsinnige Resolution vor, die die Einfuhr von ausländischem Speck und Schinken erleichtern will und eine unserer Partei, die mit größter Beachtung eine Novelle zum Fleischbeschaugesetz verlangt, durch welche die Einfuhr von ausländischem Gefrierfleisch, Wildschweinfleisch und Wurst ermöglicht wird. Die Regierung hat den Wünschen der Agrarier nachgegeben und durch die Ausfuhrbestimmungen die Einfuhr ausländischen Fleisches noch über die Vorschriften des Gesetzes hinaus erschwert. Es wird nämlich eine Sendung vernichtet, wenn auch nur ein einziges Stück fehlerhaft ist. Kollege Leube hat deshalb dem preussischen Landwirtschaftsministerium Handeln wider Treu und Glauben vorgeworfen.

Präsident Kaempf erklärt einen solchen Vorwurf für unzulässig.

Abg. Dr. Duard (fortfahrend): Die Fleischsteuerung braucht wahrlich nicht auch noch durch statistische Zahlen bewiesen werden; die Bevölkerung sinkt sie und hat bei den Wahlen darüber quittiert. Die Regierung sollte doch stutzig werden, wenn sie sieht, wie sie alle Kreise gegen sich hat und für sich lediglich die Nutznießer des Fleischwuchers. (Lebhafte Zustimmung links.) In den Kreisen der Arbeiterfamilien ist die Fleischfrage eine ganz ungeheure geworden. Die Herren von der Regierung ahnen garnicht, in welcher Weise die Frauen sich abmühen, um wenigstens für den Mann, den Ernährer der Familie, ein Stückchen Fleisch sich abzudarben. Hier sollte das Reichsgesundheitsamt mit aller Macht eingreifen, um die Zustände zu ändern. Aber alle Bemühungen um bessere Volksernährung scheitern an dem ehernen Felsen der Interessenpolitik. Dabei könnte die Regierung sich sehr wohl auf einen Vorrat für billige und gesunde Volksernährung stützen. (Lebhafte Zustimmung links.) Statt dessen treibt die Regierung und die Rechte die gedankenlose und verantwortungslos politische Verneinung.

Präsident Kaempf: Sie dürfen der Regierung nicht gedankenlose Politik vorwerfen.

Abg. Dr. Duard (fortfahrend): Dann will ich sagen, Sie reißen die Politik der Verneinung, die Sie uns immer vorwerfen. Aber Sie werden da nicht scheitern, denn der Erfolg ist bei uns. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Blankenhorn (nall.) begründet eine Resolution seiner Partei, wonach bei der Beurteilung der Einfuhrfähigkeit ausländischer Weine auch die Geschmackprobe und die Geschäftsrapiere berücksichtigt werden sollen.

Abg. Dr. Strube (Volksp.) tritt für eine Resolution der Volkspartei ein, die ein Krankenpflegegesetz verlangt und betont sich über die Zurückweisung von Medizinalpraktikanten, wegen ihres Glaubens, die in Brüg und Lübeck erfolgt ist.

Staatssekretär Delbrück: Wir können die Krankenanstalten nicht zwingen, alle sich meldenden Praktikanten anzunehmen.

Abg. Groeber (Zentr.): Die Zurückweisung von Medizinalpraktikanten lediglich aus konfessionellen Gründen ist eine Verletzung des Gesetzes über die Gleichberechtigung der Konfessionen. (Lebhafte Zustimmung links.) Was heute den Israeliten passiert, kann morgen den Katholiken passieren. Wir müssen vom Staatssekretär verlangen, dem Geheiß Achtung zu verschaffen.

Abg. Dr. Waltheim (Sp.): Der Staatssekretär erklärt hier eine staatliche Impotenz, die sehr im Gegensatz zu der sonstigen Machtstellung des Staates steht. (Lebh. Beifall.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

31. Sitzung. Mittwoch, den 20. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück. Kühn.
Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel

Gesundheitsamt.

Abg. Dr. Dürschardt (nall. Vgg.) fragt, wie es mit der Regelung des Apothekenwesens steht.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Hierüber schweben Verhandlungen zwischen den einzelnen Regierungen.

Abg. Graf v. Pofadowsky (nall.) wünscht den Erlaß eines Reichsgesetzes, um die Anwohner der Elbe, Saale und Unstrut gegen die Schäden zu schützen, die ihnen durch die Verfalzung des Flußwassers infolge der Kaliverke entstehen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Diese Frage wird augenblicklich erwogen; vielleicht werden sich die beteiligten Regierungen unmittelbar verständigen, sodas ein Reichsgesetz unnötig ist.

Abg. Drey (Soz.): Ich hätte gewünscht, Graf Pofadowsky hätte diesen Dingen schon seine Aufmerksamkeit gewidmet, als er noch Staatssekretär war. (Sehr richtig! und Beifall bei den Soz.) Dann wäre der Stadt Magdeburg wohl längst geholfen. — Zu der Debatte von gestern Abend möchte ich nur

bermerken, daß wir volle Parität für alle Glaubensbekenntnisse, aber auch für solche Weltanschauungen verlangen, die sich in den Rahmen des religiösen Bekenntnisses nicht spannen lassen, ebenso wie wir Parität für alle politischen Überzeugungen fordern. (Sehr richtig! bei den Soz.) Für die Klagen der weidbauenden Bevölkerung haben auch meine Freunde helles Auge und offenes Ohr, jedoch aber die geforderte Verbilligung des Schafwoles ab. Dabei möchte ich fragen: wo bleibt das seit Jahren versprochene Nahrungsmittelgesetz? Die landbesitzlichen Bestimmungen genügen nicht mehr. Eine reichsgesetzliche Regelung wird um so notwendiger, je schwieriger sich die Ernährungsfrage gestaltet und gewissenlosen profitgierigen Händlern ein großes Gebiet der Lätigkeit gibt. Ich erinnere an die Vergiftungen durch Methyloxyhol im Nyl für Obdachlose.

Speziell habe ich mich zum Wort gemeldet, um Sie zu bitten, zu folgender Resolution Ihre Zustimmung zu geben: Den Herrn Reichsfinanzminister zu ersuchen, bei Erhebungen über den Gesundheitszustand der Arbeiter in der chemischen Industrie

Gesundheitszustand der Arbeiter in der chemischen Industrie

auch Vertreter von Arbeiterorganisationen der chemischen Industrie zur Mitwirkung heranzuziehen.“ Für die in Aussicht gestellten Erhebungen möchte ich einige Wünsche äußern. Der dringend notwendige Schutz der Giftarbeiter sollte nicht auf die lange Bank der Erhebungen geschoben werden. In anderen Ländern wie England, Portugal, Belgien, Dänemark besteht ein solcher Schutz bereits. In Österreich und Italien gibt es auch Bestimmungen zum Schutze der Celluloidarbeiter. Deutschland steht im Saute der Giftarbeiter hinteran. Dabei ist die Mordlichkeit der Vertriebe der chemischen Industrie doppelt so günstig, als in den übrigen Industriezweigen. Die Arbeiter haben dort 1910 einen Reingehalt von über 12 Millionen, die Eisenfelder Arbeiter von 13 1/2 Millionen. Die sozialen Kosten erfordern etwa 1,2 Prozent des Reingehaltes dieser Werke, können also sehr wohl erhöht werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dringend notwendig ist auch ein vermehrter Schutz der

Arbeiter in Bleiweißfabriken.

Ich hatte mir gestattet, einige Wörter auf den Tisch des hohen Hauses niederzulegen, welche die Folgen der Bleiweißergiftung wiedergeben. Die Erhebungen der Bleiweißfabriken ergeben des halb ganz falsche Resultate, weil die Arbeiter, die in den Bleiweißfabriken zu tun haben, dabei ganz außer Betracht gelassen werden, während gerade sie den Vergiftungsgefahren am meisten ausgesetzt sind. Diese Arbeiter werden aus anderen Betrieben oder sonst wo zu dieser Arbeit herangezogen und gehen dann wieder ihres Weges, sobald sie von der Krankheitsstatistik der Bleiweißfabriken nicht erfasst werden. Die Gefahren der Bleiweißergiftung könnten zum großen Teil vermieden werden, wenn das ganze Verfahren vorgeschrieben würde. Die Bleiweißverordnung sollte daher dahin ergänzt werden, daß das tradene Verfahren bei der Bleiweißherzeugung untersagt wird. Das ganze Verfahren geht auch rascher, liegt also auch im Interesse der Unternehmer.

Eine Veröffentlichung des internationalen Arbeitsamts hat über 70 Zustände festgestellt, durch welche gewerbliche Vergiftungen veranlaßt werden. Ich habe auch hierfür einige Abbildungen ausgelegt, die für

die Hygieneausstellung in Dresden

bestimmt waren, bei der bekanntlich den Gewerkschaften die Teilnahme unmöglich gemacht wurde. Ich verweise ferner darauf, daß auf der Hygieneausstellung ausgelegte Wandtafeln und Broschüren über gewerbliche Erkrankungen durch den Redakteur eines Gewerkschaftsblattes, Schmeller, als falsch nachgemittelt und daraufhin geändert werden mußten. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch die Erhebungen des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, die mit dem ausgedehnten Zweck veranstaltet waren, zu beweisen, daß die Vergiftung in der chemischen Industrie nur eine geringe Rolle spielt, wurden als falsch in ihrer Methode und ihren Ergebnissen nachgeteilt. In all diesen Fällen sind die falschen Ziffern nicht zu all, sondern bloßlich, um die öffentliche Meinung und die Aufsichtsbehörden irre zu führen. Wie erwarten daher, daß die Regierung dem Wunsche unserer Resolution Folge gebe und Vertreter der beteiligten Arbeiterorganisationen bei den Erhebungen herangezogen wird. Das ist notwendig, wenn der Zweck durch die Erhebungen erreicht werden soll, einen wirksamen Schutz der Giftarbeiter vorzubereiten. (Bravol! bei den Soz.)

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Wenn das Ausland besondere Vorschriften für die Giftarbeiter erlassen hat, so deshalb, weil ihm die Möglichkeit zu allgemeineren Vorschriften, wie wir sie durch die Gewerbeordnung haben, fehlt. Das die großen Betriebe der chemischen Industrie nur für den Profit arbeiten, muß ich zurückweisen. Gerade sie haben musterartige Einrichtungen für den Arbeiterschutz, wie sie sonst kaum in der Welt vorkommen. Für Bleiweißfabriken, Bleiweißereien usw. sind von uns eine ganze Reihe allgemeiner Verordnungen erlassen. Auch den Bleiweißfabriken würden wir fortgesetzt eingehende Aufsichtsausschüsse vorsehen. Die Hinzuziehung von Arbeitern bei solchen Erhebungen ist schwer möglich, weil es nicht leicht ist, die geeigneten Arbeiter zu finden. Die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben sind so verschieden, daß Vertreter der Organisationen nicht als geeignete Auskunftspersonen in Frage kommen, sondern höchstens Arbeiter des betreffenden Betriebes. Auf diesem Gebiete sind daher Chemiker und Ärzte geeignete Auskunftspersonen, da Arbeiter nicht die wissenschaftliche Kenntnis haben können, die notwendig sind, um diese Fragen zu beantworten.

Abg. Seyd (nall.): Herr Abg. Dr. Duard behauptete, es sei eine Unterernährung des Volkes infolge Fleischmangel vorhanden. Demgegenüber stelle ich fest, daß der Fleischkonsum pro Kopf gestiegen ist. Die deutsche Landwirtschaft deckt fast den ganzen deutschen Fleischbedarf; wir brauchen aber einen ausreichenden Zollschutz, denn wir wännen wollen dem deutschen Volke gesundes Fleisch liefern. (Bravol! b. d. nall.)

Abg. Fischek (Vp.) be gründet die Resolution der Volkspartei, welche verlangt, die bei der Einfuhr von ausländischem Speck und Schinken im Fleischbeschaugesetz vorsehenden Ausnahmen von der 4 Kilo-Grenze auch auf selbständige, leicht zu untersuchende Organe (Leber und Zunge) auszudehnen und tritt für die sozialdemokratische Resolution auf Zulassung von ausländischem Gefrierfleisch ein, die dringend nötig sei, um dem Unterkonsum in der Arbeiterbevölkerung zu steuern. Weiter wünscht der Redner eine Vereinachung und Billigung der Trichinenuntersuchung.

Abg. Baumann (Zentr.) empfiehlt die Zentrumsresolution auf Erziehung der Einfuhr ausländischer Weine.

Gesundheitsamt von Stein: Die Redner haben erkannt, daß das Weingeistgesetz beherrschend hat. Bei der Ausübung der Kontrolle ist für die Behörden lediglich das Gesetz maßgebend.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Baum: Das Gesundheitsamt muß zweifellos dafür sorgen, daß Fleisch in ausreichender Menge zur Verfügung steht, aber auch dafür, daß dieses Fleisch gesund ist. Deshalb ist die Fleischkontrolle für inländisches wie für ausländisches Fleisch eingeführt. Die Kontrolle im Ausland ist keineswegs einwandfrei. (Sehr richtig! rechts.) alljährlich werden viele Erzeugnisse aus dem Auslande beanfahndet. Es ist übrigens ein Irrtum, daß durch die Einfuhr von Rindfleisch, Wurst und Leber einer Unterernährung irgendwie gesteuert werden könnte; für die Volksernährung muß man sich

auf die inländische Fleischproduktion verlassen. (Lebh. Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Beder (b. l. P.): In einer Unterernährung des Volkes zu sprechen, ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen ganz unangebracht. Der Fleischgenuss allein ist überhaupt nicht maßgebend für die Ernährung, übermäßiger Fleischgenuss ist ebenso schädlich wie übermäßiger Alkoholenuss. (Lachen b. d. Soz.)

Abg. Dr. v. Schulze-Gäbler (Vp.): In der national-liberalen Resolution wird die Zulassung der Geschmackprobe bei ausländischen Weinen verlangt. Da bitte ich, doch zu bedenken, daß auch die menschliche Zunge nur eine beschränkte Größe ist. (Große Beifall.)

Abg. Pausy-Cochem (Zentr.) verliest eine Rede über die Weinfrage.

Vizepräsident Dove verweist den Redner wiederholt zur Sache, worauf der Redner kurz abbricht. (Beifall.)

Abg. Leube (Volksp.): Wäre das ausländische Rindfleisch so gesundheitsgefährlich, wie die Agrarier immer behaupten, so wäre Enoland längst ein großes Viehland. (Sehr richtig! links.) Was die Herren rechts für die Fleischnot des Volkes übrig haben, beweist die Deutsche Tageszeitung, die das Volk auffordert, den Widerwillen gegen Pferdefleisch zu überwinden. (Hört, hört! links.)

Abg. Dr. Blund (Volksp.) tritt für reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse des Krankenpflegepersonals ein, das ganz außerordentlich unter Verunstaltungen leide.

Ministerialdirektor Caspar: Die Erhebung über die Verhältnisse des Krankenpflegepersonals sind abgeschlossen und werden im Reichsgesundheitsamt bearbeitet. Von dem Resultat wird es abhängen, ob einer reichsgesetzlichen Regelung näher zu treten ist.

Abg. Schwarz (Zentr.) erörtert die Gefahren des Rückganges der Geburtenziffer. Es sei eine bedauerliche Erscheinung, daß kinderreiche Familien von den Hausvatern sehr unern gehalten würden. Sozat Dienstrechte gebe es, worin Entlastung vorgelegen sei, wenn die Familien der Angestellten stärker werden. Keiner tritt weiter den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Blund über den Schutz des Krankenpflegepersonals bei.

Abg. Raack (Zentr.) spricht für völlige Arbeitsruhe an den hohen Festtagen in den Metallhütten und Walzwerken.

Abg. Kriz (Zentr.) führt Klage über die Staubplage durch elektrische Bahnen und Autos.

Regierungsrat Lehman erwidert, die Staubplage könne nicht durch das Gesundheitsamt, sondern nur durch gute Straßen befestigt werden.

Damit schließt die Diskussion.

Alle Resolutionen werden angenommen, ebenso das Kapitel „Gesundheitsamt.“

Hierauf wird die Weiterberatung des Etats vertagt auf

Donnerstag 1 Uhr.
Schluß 7 Uhr.

7. Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Mürnberg, den 19. März.

Die Verhandlungen vollzogen sich im Sechsten-Dezember und werden von Zillmann-Gamburg und Baumann-Terlin geleitet. Es sind außer dem Hauptvorstande 88 Delegierte, ferner Vertreter der Bräuerverbände aus Holland, Dänemark, Schweiz, Böhmen, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Generalkommmission inwobend. Der Eintritt in die Tagesordnung werden einstimmig den streikenden Bergarbeitern 2000 Mark aus der Verbandskasse bewilligt. Nach den üblichen Begrüßungen ernannt der Vorstand den gebildeten Geschäftsbereich, aus dem mir das wesentlichste bereits im Vorbericht brachte. Der Vorstand hat kaum jemals einen so günstigen Bericht wie den diesmaligen geben können. Die Mitgliederzahl stieg um circa 16 Prozent von 9572 auf 13.918.

In der sehr lebhaften Diskussion wurden zunächst circa 30 zum Rechenschaftsbericht gestellte Anträge begründet, die fast alle darauf hinauslaufen, die Agitation unter den einzelnen Branchen des Gastwirtsberufes zu spezialisieren und mit noch größerer Energie zu betreiben. Man wünscht für die Agitation unter dem Personal, namentlich den Köchen, einen Hauptvorstandskollegen freigestellt, ferner eine zielbewusste Agitation unter den Kellnern, den Hausdienern, Kupferwägern und dem weiblichen Personal zu entfalten. Es wird gedrucktes Material zur Bekämpfung der gegenwärtigen Verbände und Vereine gefordert, wobei man als besonders das Kampfbüchlein des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Reichsverband deutscher Keller- und Kellnerinnen, die Hanoverer, nennt. Aus einigen Bezirken wird die Reueinstellung von Hausleitern, bezw. Bezirksleitern gefordert, ferner sei befähigten Kollegen der Beruf der Gewerkschaftsleiter, eventuell der Parteiführer zu ermöglichen. Die Berliner Hotelbesitzer fordern, daß bei künftigen Kongressen der Hotelbesitzer Forderungen auf bessere Arbeitsverhältnisse zu stellen und demonstrieren die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die miserablen Arbeitsverhältnisse im Hotelgewerbe zu lenken ist. — Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt.

Arbeiterbewegung.

Konventionalstrafen bei Lohnbewegungen.

Ein interessanter Prozess hat nunmehr vor dem Oberlandesgericht Augsburg seinen Abschluß gefunden. Im Sommer vorigen Jahres traten die Schlossergehilfen in Augsburg in eine Tarifbewegung ein. Die in einer Innung vereinigten Schlossermeister beschloffen nun, mit der Draanation der Gehilfen zwar zu verhandeln, aber unter keinen Umständen einen Tarif mit der Draanation abzuschließen. Damit dieser Beschluß gehalten werde, verpflichteten sich die Meister, je nach der Gehilfenzahl eine Konventionalstrafe zu zahlen, wenn der gefakte Beschluß nicht eingehalten wird. Der Schlossermeister Plabst protestierte zwar in der Meisterversammlung, unterschrieb aber später doch den Revok. Die Gehilfen traten infolge der ablehnenden Haltung der Meister in den Streik. Schlossermeister Plabst, der Arbeiten zu einem bestimmten Termin fertigzustellen hatte, sah sich gezwungen nachzugeben und unterschrieb den von der Gehilfenorganisation entworfenen Tarif.

Die Schloßerinnung verlangte nun von dem ausgeprägungen Mitglied die Begahlung der vereinbarten Konventionalstrafe in Höhe von 650 Mark; als Plabst dies verweigerte, erfolgte gerichtliche Klage. Das Landgericht Augsburg (Hofmann) wies die Klage der Schloßerinnung zurück, da die Vereinbarung auf Grund des § 153 R.-G.-O. erfolgt sei und jedem Beteiligten es freistehe, von einer solchen Vereinbarung zurückzutreten. Auf den Rücktritt könne weder Klage noch Einrede erfolgen.

Die Schloßerinnung hat gegen das abweisende Urteil Berufung beim Oberlandesgericht eingelegt. Auch dieses hat nun die Klage unter Ausbäuerung der Kosten auf die Klagerin abgewiesen, indem sich das Oberlandesgericht auf den Standpunkt der ersten Instanz stellte.

Schuhmacherstreik in Götting. In Götting hat am Montag die große Mehrzahl der Schuhmachergehilfen die Arbeit eingestellt. Zugun ist fertiggehalten.

